

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Dienstag, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: drei Gros monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark, ohne Postgebühren. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstelle: 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Einzelpreis: 10 Pf. für den mit Süße und Spitzer 1 Mk. im Viertel. Abonnenten: Preisabon. des Sozialistischen Kultur, Commerce- und Finanz-Bund Halle. Postfachkonto: Leipzig 264 71. Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstelle: 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Donnerstag, den 8. Dezember 1932

12. Jahrgang, Nr. 284

Elf Tote im IG-Betrieb

Zurchtbare Explosion in der Rüstungshölle Premnitz

(Fig. Drahtm.) Berlin, 8. Dezember.

Gestern vormittag 9 Uhr ereignete sich in dem Betrieb der IG-Farben in Premnitz (Provinz Brandenburg), eine der bedeutendsten chemischen Rüstungshöhlen, ein furchtbares Explosionsunglück. Die Explosion kam in der Säurestation zum Ausbruch. Mauern von 1 bis 2 Meter Durchmesser wurden durchbrochen. Das Dach der Säurestation flog in die Luft. Unter den zusammenbrechenden Mauern wurden 15 Arbeiter begraben. Bis zum Nachmittag gelang es 11 aufs grauenhafteste verstümmelte Arbeiter tot aus den Trümmern zu bergen. Die gesamte Belegschaft des Werkes und die gesamte Bevölkerung ist in größter Erregung.

Mit Arbeiterleben wird gespielt!

Die Direktion verjagt kampflos die Ursache des Unglücks zu verjagen. Die Tote des Werkes sind abgepielt. Die Führer haben strengste Anweisung, niemand in das Gebäude einzulassen. Als die kommunistischen Abgeordneten Gollfe, Kasper und Schment kategorisch Einlass begehrten, wurden sie gewaltsam daraus gehindert. Ebenso erging es den Vertretern anderer Werke. Die gesamte Belegschaft ist über die Ursache des Unglücks und die volle Schuld der Direktion an diesem grauenhaften Betriebsunfall nur einer Meinung. Die Direktion läßt erklären, daß die Ursache des Unglücks eine explodierte Sauerstoff-Flasche sei. Nach einmütiger Meinung der Arbeiter kann die Explosion

einer Säureflasche die Ursache nicht haben. Vielmehr wird berichtet, daß in der Säurestation in sogenannten Zentrifugen und in Ecken Schießbaumwolle und Pulver gelagert hat und daß bei den Schweißarbeiten dieser Schießstoff zur Explosion kam.

Ein an den Aufräumungsarbeiten beteiligter Augenzeuge berichtet: Wir fanden kaum einen einzigen unserer toten Kollegen unversehrt. Was wir fanden, waren Arme und Beine, Körperstücke, die bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt waren. Auf Tragbahnen sammelten wir die blutigen Leichen zusammen, die dann auf Wagen weggeführt wurden. Immer noch durchwühlten Arbeiter die Trümmer und stoßen auf Körperstücke und blutbespritzte Steinmassen.



Die völlig zerstörte Säurestation des Premnitzer IG-Betriebes

Von Reichstagstribüne: Kampf um IG-Proleten!

(Fig. Drahtm.) Berlin, 8. Dezember.

Den Explosionsakt in der Rüstungshölle Premnitz nahm die kommunistische Reichstagsfraktion sofort zum Anlaß, in der geistigen Reichstagsitzung für die unglücklichen Opfer vorzutreten. Genosse Herm, der brandenburgische Abgeordnete der KPD, verlangte kampflos Untersuchung unter Mitwirkung der von der Reichstagsfraktion gewählten Vertrauensleute zur Feststellung der Schuldfrage, Übernahme der Verdigungs- und Bekämpfungskosten für alle Opfer, Zahlung einer lebenslangen Rente von monatlich 200 Mark für jede Witwe und jeden Dauerinvaliden, je 50 Mark monatlich für jeden Unterhaltspflichtigen.

In dem Augenblick, wo unser Genosse, der als Arbeiter bei dem IG-Farbenbetrieb dessen Ausbeutungspraxis selbst kennen gelernt hat, die Schuld an der Katastrophe anprangert, bewähren sich die Hakenkreuzler als die schuftigen Agenten der jüdischen und christlichen Giftgas-Kapitalisten.

Sie brachen in Schlaraffen aus und veranfaßten Vorkämpfer. Aber trotzdem erfuhr der Reichstag und erfährt die ganze Welt, daß in diesem IG-Betrieb die Löhne um 24,5 Pf. abgebaut und die Lieferung von Gummihandschuhen abgelehnt wurde, so daß die Arbeiterinnen mit bloßen Händen in der Säure arbeiten mußten, trotz der mitternachts „Schlaf“-Rufe der Nazis prangerte Genosse Herm diese Tatsache an, daß man in Premnitz die Lehrlinge mit gefährlichen Arbeiten beauftragt und richtete den

Appell an alle Belegschaften im Reiche:

Die Beerdigung muß alle Betriebe durch Delegierten und andere Maßnahmen vertreten finden.

„Weihnachts“-Demonstrationen!

(Fig. Meib.) Bitterfeld, 7. Dezember.

Uns wird mitgeteilt: Auf dem Weihnachtsmarkt und in den anliegenden Straßen fanden Demonstrationen der Erwerbslosen statt. 5-600 Erwerbslose zogen durch die Stadt. Mehrere Sprechhöre ertönten: „Nieder mit der Schleichers Regierung! Wir wollen Arbeit und Brot!“ Starke Polizeikräfte wurden eingesetzt, einige Demonstranten in Haft genommen.

Naziführer gegen die Arbeitslosenforderungen!

In der ersten Reichstagsitzung am 6. Dezember forderten die Kommunisten, daß sofort über die Aufhebung der Notverordnungen verhandelt werden soll. Die Naziführer lehnten diesen Antrag ab.

Durch die Notverordnungen ist der große Unterhaltungs-

abbau für die Arbeitslosen differt worden, die Kommunisten forderten also die Rückgängigmachung der Unterhaltungsleistungen. Zudem die Nazis gegen den kommunistischen Antrag stimmten, wandten sie sich gegen die Forderungen der Arbeitslosen.

Sagt es allen Arbeitslosen, die den politischen Betrug der Naziführer noch nicht durchgesehen haben!

Morgen erscheint:

der „Klassenkampf“ als Sondernummer „Die Frau im Kampfe der Klassen“. Reich illustriert! Sorgt für Massenvertrieb!

Gegen Leiparts Schleicher-Kurs!

ADGB-Bürokraten blühen bei den hallischen Erwerbslosen ab — Einstimmige Annahme des Oppositionsantrages für den Kampf gegen Hunger und Frost — Ueberall vorstoßen an der Gewerkschaftsfront für den einheitlichen Kampf!

Halle, den 8. Dezember.

Vom ADGB-Diszussionsklub Halle war vor einigen Wochen der freigewerkschaftliche Erwerbslosenausschuh aufgelöst worden, weil er sich bemüht hatte, in einer Einheitsfront mit den Unorganisierten und ADGB-Mitgliedern für die Erwerbslosenforderungen zu kämpfen. Zu gestern nachmittag hatte nun der neue, von den ADGB-Bürokraten zulassungsbefreite Ausschuh der freigewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen zu einer Versammlung nach dem „Lepspart“ eingeladen. Eine Sonderausgabe des „Kampfes der Erwerbslosen“, in der geschildert wurde, daß die sozialdemokratischen Anträge im Stadiparlament „durch die Schuld der Kommunisten“ zunichte gemacht worden seien, sollte die Kommunisten herbeiziehen. Die Versammlung wurde von der sozialdemokratischen Stadiparlamentarierin Banae dann in der Versammlung losgelassen. Polizei war mobilisiert, um sich vor den Erwerbslosen, die man nicht hereinließ, zu schützen. Sogar von auswärts gekommene Gewerkschaftsmisliebhaber wurden vorgetrieben mit der Bemerkung, daß es sich um hallische Angelegenheiten handelte.

Vier Führer der Opposition gaben dem Range und den SPD-Arbeitern die genügende Antwort. Als dabei auf die Verhandlungen Schleicher-Leipart hingewiesen wurde, suchte Buchholz, diese abzuwehren, mußte sich dann aber eines anderen beschließen lassen und mimte schließlich, man müsse das Parlament doch erst einmal arbeiten lassen. (1)

Am Schluß wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die am 7. Dezember im „Lepspart“ vom freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschuh einberufene Versammlung stellt sich vollinhaltlich hinter die Forderungen des Reichsausschusses der Erwerbslosen: „Für den Kampf gegen Hunger und Frost! Für die Vernichtung der Schleicher- und Halbes.“

Wir verlangen vom ADGB-Diszussionsklub Halle, daß er sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchsetzung der Forderungen einsetzt.“

In einer weiteren Entschließung wird die Aufhebung des

Rechtsurteils gegen Part, die sofortige Freilassung von Arbeiter und Arbeiterinnen sowie alle proletarischen politischen Gefangenen und die Aufhebung der Notverordnungen und des Burgfriedens gefordert.

Diesmal ist die erbärmliche Sache des SPD-Bürokraten einmütig von den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern zurückgewiesen worden. Freigewerkschaftler, dabei keine Zersplitterungsmanöver! Es gilt in roter Einheitsfront weiterzukämpfen. In allen Betrieben, in allen Gewerkschaftsversammlungen müssen die Forderungen des Kampfes gegen Hunger und Frost auf der Tagesordnung stehen.

Holzarbeiterverbands-Zahlstelle fordert außerordentlichen Verbandstag

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Verbandszahlstelle des Holzarbeiterverbandes in Jörbburg wurde vorgestern folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Jörbburg, erblickt in der Einsetzung des Schleicher-Kabinetts die Vorbereitung zu neuen Angriffen gegen die Lebenshaltung der werktätigen Massen.

Die Mitgliederversammlung betont, daß alle Gewerkschaftskollegen in roter Einheitsfront mit den unorganisierten Arbeitern gegen Lohn- und Unterhaltungsraub sowie gegen die Politik der Bürokratie kämpfen müssen. Zweck der Vorbereitungsjährlicher Kampfmaßnahmen fordert die Zahlstelle sofortige Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages des Holzarbeiterverbandes.“

In allen Gewerkschaften muß sofort in dieser Richtung Stellungnahme der Freigewerkschaftler erfolgen gegen die „kleine Uebel“-Politik der ADGB-Führer gegenüber dem Schleicher-Kabinetts.

Die Feldwebel des Generals

„Allerschärfste Opposition“ gegen die Schleicher-Regierung, hieß es im Auftrug des SPD-Parteivorstandes. „Fort mit der Schleicher-Regierung“, „keine Tolerierung Schleichers“ rief Hitler, „Wächter Beobachter“ und Goebbels „Angriff“. Wenige Tage ist es her.

Und es gibt gewiss viele Zeugnisaufbehalte von sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, und andererseits Tausende von proletarischen Mitglieder der NSDAP, die den Meiß, Beipart und Hitler nicht nur geglaubt haben, die deren Erklärungen noch einmal ernst genommen und meinen, daß SPD, ADGB bzw. NSDAP die Schleicher-Diktatur, die verhängte Sozialführung des Papen-Kurses rücksichtslos bekämpfen werden. Diese sozialdemokratischen Arbeiter, diese Gewerkschaftsmitglieder sowie diese noch der NSDAP angehörenden Proletarier können heute schon sehen, daß sie wieder getäuscht wurden. Sie wurden schamlos belogen und betrogen!

Die Forderungen sollen sprechen:
So steht die „Allerschärfste Opposition“ der SPD aus: Die sozialdemokratische Reichstagsopposition hat (gemeinsam mit den Nazis) für den Zentrumsvertrag (Gesetz Nr. 1, Reichspräsidenten gestimmt — ein Vertrauensakt der SPD für die Schleicher-Regierung, zu der sich das Zentrum offen bekennt. Die SPD hat die Abstimmung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen Schleicher abgelehnt mit dem Ausreden, er müsse die Regierungserklärung des Kanzlers gehört werden. Schleicher könnte am Ende gar den Reichstag auflösen und den Reichstag in der Sitzung des Reichstages „Die Gesellschaft“ veröffentlicht. Der prominente SPD-Führer Trautzel einen Artikel, in dem er eine tatsächliche Verfassungsänderung und eine Ungültigmachung von Reichstagsbeschlüssen mit Hilfe des Diktaturartikels 48 als notwendig bezeichnet. Es ist nur ein offenes Eingeständnis der Macht, wenn Schleicher das Organ der SPD für „Sein, der „Vollstrecker“ (am 5. Dezember), stimpf und klar ausspricht: „Wir haben aber auch kein Interesse an einem Sturz der Regierung Schleicher“. Hier hebt ihr, sozialdemokratische Arbeiter, den trassierten Beweis, daß der Ruf des Parteivorstandes von der „Allerschärfsten Opposition“ ein ganz infamer Schwindel ist, der euch täuschen und einschleifern soll, während die Reichstagsopposition in Wahrheit das schärfste Regime Schleichers unterstützt. Noch mehr. Die Beipart hat im Auftrag des ADGB-Parteivorstandes in einer Unterredung mit dem Vertreter der Pariser Zeitung „Excelsior“ die Unterstützung der Schleicher-Diktatur proklamiert, damit das neue Regime in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter behindert wird.“ Die ADGB-Führer erklären sich damit für die Durchführung des weiteren Lohnabbaues und weiterer sozialreformerischer Maßnahmen gegen die Erwerbslosen, für die Verfolgung der Arbeiterchaft, für die Entfaltung des faschistischen Regimes. Die Beipart und Zarnow spannen die Gewerkschaften für die Durchführung der faschistischen Diktatur ein. Sie beraten euch, Gewerkschaftsmitglieder, und wollen euch mit gebundenen Händen an den Faschismus anketten.

So steht die „Kämpfung der Schleicher-Regierung“ durch die hitler-Barcel aus: Am Reichstag stimmten die Nazis den kommunistischen Antrag, das Mißtrauensvotum gegen Schleicher auf die Tagesordnung zu setzen, nieder und im Restestent kam schon die Absicht der Nazis zum Ausdruck, durch die Reichstagsvertagung die Schleicher-Regierung zu unterstützen. Schon flammte der „Angriff“ (vom 6. Dezember), daß der „Konflikt nicht um des Konflikts willen, sondern um der Lösung willen herbeigeführt werden muß“, ein alter demagogischer Trick, um Schleichers Wunsch nach Reichstagsvertagung nachzulaufen, und am Tage darauf heißt es im „Angriff“ noch deutlicher:

„Sie (die NSDAP) wird das Kabinett dann zum Sturz bringen, wenn der Erfolg ihrer Aktion auch wirklich eine Rettung für Volk und Vaterland bedeutet, wenn also die Aussicht besteht, daß an Stelle des Kabinetts Schleicher nicht etwas Schlimmeres, sondern etwas Besseres gesetzt werden kann.“

Rüge ist das „Oppositions-Geschwätz“ Hitlers, mit dem er euch, Arbeiter der NSDAP, beschwindelt, während er in der Tat die Geschäfte des Kapitals und der Schleicher-Regierung befragt.

Die Schleicher-Regierung legt den Kurs Papens verschärft fort und als ihre Stützen betätigen sich — unbekümmert ihres Streites, wie man am besten die Arbeitermassen zu Boden zwingt und wer die Ministerposten, den Einfluß im kapitalistischen Staate innehaben soll — die Sozialdemokratie samt der ADGB-Führung und die hitler-Partei, jede mit den ihr eigenen Mandaten und als im Interesse der Erhaltung und Stärkung des verzerrten kapitalistischen Systems. Die Böbe, Beipart, Hitler, Straßer sind die politischen Feldwebel der Bourgeoisie.

Die einzige Partei, die die Sache der Arbeiter und Werktätigen vertritt, ist die SPD. Ihr Führer, Genosse Ernst Thälmann, beamtortierte in seiner Hamburger Rede (am 4. Dezember) die Bildung der Schleicher-Regierung mit der schärfsten Kampfanlage:

„Wir Kommunisten an der Spitze der Kampftruppe gegen Junger und Frost, an der Spitze im Kampf gegen den Lohnraub, gegen Verfallener Knechtung und imperialistische Kriegspolitik, wir Kommunisten sind ein Faktor von gewaltiger Kraft und Macht. Wir müssen unsere sechs-Millionen-Armee, die sich bei der letzten Wahl für den revolutionären Kurs aus der Reihe entzogen, aktionsfähig und aktionsbereit machen. Darüber hinaus rufen wir das gesamte deutsche Proletariat und alle Werktätigen zum Massenangriff auf. Wir erschauern der Bourgeoisie und ihren faschistischen und sozialfaschistischen Helfershelfern nicht, das 21 Millionen starke deutsche Industrieproletariat und die werktätigen Schichten in die Zwangsjacke der offenen faschistischen Diktatur zu zwingen. Ueber Zeitsämpfe und Massenkämpfe vordrängen im Kampf um Lohn und Brot! Vordrängen für die Freiheit, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!“

In den Betrieben und Stempelfabriken, Gewerkschaften und Arbeitervereinen macht die SPD die Massen mobil und fördert die Massenmobilisierung auch von der Tribüne des Parlaments aus.

Die Kommunisten zeigen den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, den Gewerkschaftsmitgliedern und den bislang noch nationalsozialistischen Arbeitern die Hand zum gemeinsamen Kampf. Arbeiter, durchsicht das verräterische Spiel der Böbe, Beipart und Hitler! Gewerkschaftsmitglieder, rechnet ab in allen Gewerkschaftsversammlungen.

Alle Arbeiterbataillone in roter Einheitsfront gegen Junger und Faschismus!

Breslauer Bauarbeiter im Streit

Am 5. Dezember legten die Bauarbeiter bei der Mehrzahl der Breslauer Baufirmen die Arbeit nieder, weil die Unternehmer sich weigerten, die tariflichen Löhne zu zahlen. Die Streikenden appellieren an die Solidarität aller Bauarbeiter.

Nazi-Propagandateure im Reichstag

werden von den Kommunisten gebührend abgekräft

(Fig. Drahtim.) Berlin, 8. Dezember.

Nachdem die vorzeitige Reichstagsöffnung durch die Niederstimmung des kommunistischen Antrages, das Mißtrauensvotum gegen die Schleicher-Regierung auf die Tagesordnung zu setzen, die Tolerierungsfunktion Schleichers von Parlamenten bis nationalen. Die Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zur SPD gruppierte sich erneut bei der Behandlung des nationalsozialistischen Antrages, im Falle der Verhinderung Hindenburgs den Reichsgerichtspräsidenten, diesen Reichspräsidenten, der von allen Wertigkeiten gebaute Vertreter der Tüchtigkeit des Reichspräsidenten

Als Genosse Schneller dazu sprach

Hindenburg als Unterzeichner der Notverordnungen des Rentenabbaues für die Kriegsveteranen und des Unterhaltungsabbaues für die Erwerbslosen, des Lohnabbaues für die Betriebsarbeiter, der Gesetze für Großarbeiter und Scherindulgenz charakterisierte, als er Hindenburgs Rolle bei der Durchführung des Young-Planes und der Gestaltung des kapitalistischen Systems wahrheitsgetreu festlegte und die Tribüne der Reichstagsführung in Niedertrübe gegen Hindenburg ausbrachte.

Da trat im Reichstag die Nazis als Agitatoren der Jugend der Polizei und des kapitalistischen Systems auf.

Uniformierte und nichtuniformierte Nazis, an der Spitze ein uniformierter Reichstags-Abgeordneter, prügelten auf einer Tribüne den Reichstag ein, der mit gegen Hindenburg demonstrierte. Der Verlust der Nazis, unsere Genossen Reichstags-Abgeordneten von inoffiziellen Schand des mißhandelten Diktators der Braunen Notverordnungen abzuhalten, schreien ebenfalls lautlos mit der Absicht, durch eine Ausbreitung der Schlägerei das Parlament endgültig aufzulösen zu lassen und dadurch die Entscheidung über die Amnestieanträge und über die Aufhebung der Notverordnungen zu verhindern.

Über die blutige Provokation in der Reichstagsführung hatte eine große außerparlamentarische Bedeutung. Denn sie soll der Auftakt und das Signal sein zu einer außerparlamentarischen Terrorwelle, mit der die Nazis die Unterdrückung der Schleicher-Diktatur vor den werktätigen Massen verschleiern möchten.

Nachdem die große Schleicher-Front von den Nazis bis zu den

Sozialdemokraten den Reichsgerichtspräsidenten zum Stellvertreter Hindenburgs durch Annahme des Mißtrauensvotums gebildet hatte, begann die Verhandlung über die kommunistischen Anträge gegen die Notverordnungen. Während die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten sich in ihren Forderungen auf die Aufhebung einzelner Teile der Notverordnungen beschränkten, forderten die Kommunisten die Aufhebung aller Abbau-Diktatur Hindenburgs und Papens.

Es war einer der erprobtesten Kämpfer des deutschen Profetars, Genosse Wilhelm Dieck, der in seiner lebendigen, leidenschaftlichen Rede die Massen zum Kampf gegen das kapitalistische Notverordnungsregime und seine sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Stützen aufrief. Wir werden morgen ausführlich auf die Rede des Genossen Dieck zurückkommen. Gegen den Widerspruch der Kommunisten wurde der Reichstag auf Freitag vertagt.

Folgen der Schlägerei im Reichstag

(DDJ) Berlin, 7. Dez. Bei den Zusammenstößen zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstagsgebäude, wie das Nachrichtenbüro des DDJ hört, beteiligte sich eine Person verletzt worden. Schwere Verletzungen haben insbesondere Kriminalbeamte erlitten, die sich mit ausgebreiteten Armen zwischen die Streitenden stellten. Ein Deutscher hat eine tiefe Kopfverletzung und einer eine Beschädigung des Ellenbogengelenks offenbar durch Wälle mit harten Gegenständen davongetragen. Die beteiligten Abgeordneten können mit leichteren Verletzungen davonkommen zu sein. Bestimmt wichtig man nur, daß der preussische Landtagsabgeordnete Colbe (Nazis) und der Reichstagsabgeordnete Horne (Kommunist) blutende Kopfverletzungen erlitten.

Erneute Verriegelung der Rotationsmaschine der „Roten Fahne“

Seits erschienen Kriminalbeamte in den Räumen der Druckerei der „Roten Fahne“ und nahmen wieder eine Verriegelung der erst vor kurzem freigegebenen Rotationsmaschine vor. Die Polizei erklärte, diese Maßnahme erlaube, weil angeblich ein Schulungsmaterial über das 12. Eksplosum auf der Rotationsmaschine gedruckt worden sei und das Material habe fahrgewerkschaftlichen Inhalt. Protestschreiben gegen die Verriegelungsmaßnahmen und Anhebung der proletarischen Preise müssen sofort in allen Betrieben, Stempelfabriken und Organisationen der Arbeiterchaft angenommen werden.

Bertheidigt eure Presse!

Krupp mahregelt rote Arbeiterräte

Nachdem durch den Streik der Nazisführer der Kampf der Hofsofenarbeiter der Krupp abgebrochen war, hat die Krupp-Direktion am 3. Dezember das rote Arbeiterratsmitglied Schöne und am 5. Dezember das Betriebsauschussmitglied Berendonk fristlos entlassen. Die beiden roten Betriebsräte wurden gemahregelt, weil sie für die Interessen der Hofsofenarbeiter eingetreten sind.

Der rote Betriebsrat Berendonk war im gedruckten Mit-

teilungsbüch der DMB-Ordnungswahl Essen vorher benutzert worden.

Die sozialdemokratischen DMB-Führer schrieben, Berendonk sei noch im „Löhnerhort“. Diese unerwünschte Aufzählung zur Mahregelung hat die Krupp-Direktion prompt befohlen. Auch hier zeigt sich wieder das Zusammenwirken der Großkapitalisten, der Nazis und SPD-Führer.

Erfolg bei Gewerkschaftswahlen

Am 1. Dezember fanden im DMB Delsdorf (Sachsen) die Vertreterwahlen statt. Bei acht zu wählenden Vertretern wurden fünf oppositionelle Kollegen gewählt. Diese Tatsache bestätigt, daß dort, wo die oppositionellen Kollegen mit Energie vorstehen, auch Erfolge zu erringen sind.

In Sachsen wird das erste Drittel der Beamtengewerkschaft erst am 10. Dezember ausgeschrieben werden können.

Das finnische Kabinett ist zurückgetreten. Der Grund sind starke Gegenkräfte zwischen dem agrarischen und dem industriellen Flügel der finnischen Bourgeoisie.

Das Dokument: Die Erklärungen Leiparts für die Schleicher-Diktatur

Der Bericht über das sensationelle Interview des ADGB-Führers Leipart mit seinem feurigen Bekennnis zu Schleicher ist in der Pariser Zeitung „Excelsior“ vom 4. Dezember 1932 veröffentlicht. Der Bericht ist unterschrieben von dem Berliner Korrespondent des „Excelsior“, Paul Genty, und datiert aus Berlin vom 3. Dezember. Der französische Journalist teilt mit, daß das Gespräch im zentralen Sitz des ADGB, „in einem luxuriösen Büro“ stattgefunden hat, wo im Leipart empfangt. Die wörtliche Wiedergabe des Interviews lautet:

Frage des Interviewers: „Wie wird die Haltung des ADGB gegenüber dem Reichskanzler sein?“
Leipart: „Was seine politische Vergangenheit anbetrifft, so haben wir dem Reichskanzler nichts vorzuwerfen. Die soziale Frage steht im Vordergrund der Besorgnisse und der Zweck seines Versuches ist, in den gewerkschaftlichen Reihen eine Entspannung herbeizuführen, damit das neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter behindert wird.“

Bemerkung des Interviewers: „Ich fühle bei dem Feuer, mit dem Leipart spricht, daß dieser die besten Verbindungen zu Schleicher hat und daß er sogar eine große Bewunderung für ihn empfindet.“

Leipart fährt fort: „Ich werde mich nicht auf politischen Boden wagen. Die Mission der Gewerkschaften besteht vor allem darin, ökonomische Probleme, Tarif- und Lohnfragen zu lösen. Vor allem haben wir den Herrn General gebeten, er möchte den Arbeitlosen Arbeit geben. Wir wollen außerdem, daß man die Notverordnungen ändert, durch welche wir hinzufügen, sobald die Arbeitslosenunterstützung abgebaut hat. Diese Bedingungen haben wir gemildert, indem wir hinzufügen, sobald die finanzielle Lage das ermöglichen wird.“

Der Interviewer: „Wenn der Herr General mit diesen Bedingungen einverstanden ist, wird der ADGB dem Reichskanzler die nötige Zeit geben, damit er die Macht stabilisiert?“

Leipart: „Nein, das wird uns nicht genügen. Wir werden noch verlangen, daß die neue Regierung für einige Zeit ihre Vorschläge über die Verfassungsreform und über das Wahlrecht beiseite legt.“

Interviewer: „Um zusammenzufassen, wenn ich gut verstanden habe, wäre der ADGB geneigt, sich der Militärkontrolle zu unterwerfen gegen einfache Versicherungen, denn die Erfüllung der Punkte, wie sie vorher angeführt wurden, wird doch bis zu dem 31. November dauern?“

Bemerkung des Interviewers: „Als Leipart die Worte „Militärkontrolle“ hört, kann der Gewerkschaftsführer eine Protestbewegung nicht unterdrücken und er fährt fort:

Leipart: „Ich versichere Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Mensch ist, den Sie sich vorstellen. Ich weiß, er hat Reden gehalten, die die französische Stimmung benehmig haben, aber als er die Gleichberechtigung verlangte, drückte er nur aus, was alle Deutschen denken. Niemand hier (in Deutschland), ich versichere Sie, wünscht den Krieg mit Frankreich. Jedenfalls ist die SPD aufrichtig pazifistisch.“

Warum schweigt die SPD-Presse

zu den ungeheuerlichen Erklärungen Leiparts?
Die gesamte SPD-Presse schweigt die Erklärungen Leiparts an den Vertreter der Pariser Zeitung „Excelsior“ tot. Warum? Diese Erklärungen erwidern die Verwirrung der Arbeiter, die immer noch den Arbeitern vorreden wollen, daß sie in „Opposi-

tion“ zur Schleicher-Diktatur ständen. Darum verheimlicht die SPD-Presse die offenen Erklärungen für Schleicher. Aber die Arbeiter unterstützen die SPD-Führer in der Tat die faschistische Diktatur.

Das Spiel der SPD-Führer darf nicht gelingen. Arbeiterermüdlich in den Betrieben und Gewerkschaften die Wahrheit. Werbet für die antifaschistische Einheitsfront!

Verbesserung der Versorgung der Werktätigen

Beschluß des ZK. der KPSU. und des Rates der Volkskommissare

Moskau, 6. Dezember. Die Sowjetpresse veröffentlicht den Beschluß des Rates der Volkskommissare und des ZK. der KPSU. über die Erweiterung der Leistungen der Betriebsleitungen bezüglich der Arbeiterversorgung und über die Verbesserung der Versorgung der Werktätigen.

Die Kommissare nehmen in einem Besonderen Stellung zu diesem Beschluß. Die Zeitung hebt hervor, welcher Unterschied zwischen den kapitalistischen Ländern mit ihrem Kapitalismus und der Sowjetunion, wo die Produktionsmittel im kollektiven Besitz der Arbeiterklasse sind, in bezug auf die Verteilung besteht.

In den kapitalistischen Ländern wird auf dem einen Pol — bei der Ausbeuterklasse — der Reichtum akkumuliert, am anderen Pol nimmt der Druck, der Hunger und das Elend der Arbeiter immer mehr zu; in der Sowjetunion ist die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage und der gesamten Lebenshaltung der Werktätigen das grundlegende Gesetz der Entwicklung.

Die richtige Tarifpolitik trägt zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion bei. Der Beschluß des ZK. der Partei und der Regierung ist auf die bessere Organisierung der Arbeiterversorgung und auf engere Verbindung der Verteilung mit den Interessen der Produktion selbst gerichtet. Es ist früher häufig vorgekommen, daß gewisse der Zahl der tatsächlich im Betrieb arbeitenden Personen und der Zahl der von der Betriebsgenossenschaft belieferten eine große Spanne vorhanden war. Die betriebsgenossenschaftlichen Ämter wurden mitunter von Zuleitern, Arbeitsinspektoren und Defekturern der Arbeit, die den Betrieb längst verlassen hatten, in Anspruch genommen. Der Beschluß macht diesen Mißbrauch ein Ende. Neben der aktiveren Entwicklung der Selbstversorgungsaktionen der Arbeiterorganisation in den Betrieben, in denen die Betriebsgenossenschaftlichen der Betriebsleitung unterstellt werden, wird durch Verteilungsgesellschaften genossenschaftlicher und staatlicher Organisationen für die Verbesserung der Versorgung gesorgt.

Wenigerherbeifällig großer prinzipieller und praktischer Bedeutung ist die Umstellung des Rationensystems, so daß Bezugsarten unmittelbar im Betrieb und nur im Betrieb ausgehändigt werden.

Die „Pravda“ betont, daß diese Maßnahmen der Partei und der Regierung von allen ehrlichen Arbeitern unterstützt werden. Das zeigte sich bei der Bekanntgabe und Erörterung des Rationensystems über die Bekämpfung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben und Werken. Das förmliche Häuflein von Arbeitsdefekturern und Zuleitern und mit ihnen auch die Profiteure, die Menschengüter, Trägheit und Opportunismus, die im trüben Wasser fischen möchten, werden vom fortschrittlichen Proletariat rasch entlarvt.

In den Ländern des Kapitals herrscht eine fürchterliche Krise. Verwirrung und Unsicherheit sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Erbitterter Klassenkampf und politische Gegensätze haben ungemessene Ausmaße erreicht. Ganz Europa ist verarmt, das mühen jetzt auch die bürgerlichen Journalisten ausgehen. Deutschland ist an der äußersten Grenze der Not, die sich kaum begreifen läßt. An der Schwelle des Winters, des fürchterlichsten Winters seit hundert Jahren, weiß es sich keinen Rat. Hunger herrscht in den Arbeiterquartieren der kapitalistischen Länder. Der Kapitalismus gestört die Gesundheit der Arbeiterklasse, der mächtigsten Produktivkraft der Gesellschaft.

Gerade das Gegenteil dieses Zustandes sehen wir in unserer Lande. Das Proletariat der Sowjetunion hat die Kapitalisten und Gutsbesitzer im offenen Kampfe besiegt, es hat die konterrevolutionäre Intervention und die weißgardistische Armee getötet. Es hat im sozialistischen Aufbau glänzende Erfolge errungen, die von weltgeschichtlicher Bedeutung sind. Es verbessert stufenweise seine materielle Lage und kämpft sich und sicher gegen feindselige Kapitalisten und Kapitalisten. Unter der Führung der leninistischen Partei und ihres Führers Stalin wird es zum vollen Sieg des Sozialismus gelangen.

Höher das Banner des proletarischen Internationalismus!

Genf verschärft Versailles Knechtschaft

Niederlage und Kapitulation des deutschen Imperialismus / Vor einem neuen Tributakt

Genf, 7. Dezember. Der Verlauf der gestrigen Räte-Wärter-Besprechung bestätigt nur die spätere Niederlage, die der deutsche Imperialismus erlitten hat. Aber diese Besprechung wurde ein nichtiges Kommissariat veröffentlicht, in welchem mitgeteilt wird, daß MacDonald und Herriot bereits gestern Abend Genf verlassen haben. Man hat aber die Konferenz noch nicht offiziell eingeleitet, sondern steht es vor, ihr noch ein Scheinbares Schattendokument zu gewähren oder, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, sie abblühen“ zu lassen.

Die deutsche Bourgeoisie tritt nach ihrer schmerzlichen Niederlage einen Rückschlag in gerade helleren Anschlag an. Ihre Vertreter wagen noch nicht einmal mehr, schließliche Vorläufe gegenüber den Versailles Mächten zu machen. Der jaghafte Versuch des Reichsaussenministers Neuzach, den Vorstoß zu unterbreiten, daß man die Besprechungen nicht abbrechen sollte, sondern eine weitere Beratung beschließen, die in der Form der Einsetzung eines Ausschusses vor sich gehen soll, lehnte sich vollständig an die besetzten Mächten des „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verlangte Neuzach nur noch eine Beratung über die Erziehung des Teiles 5 des Versailles Vertrages durch die Bestimmungen eines freiwilligen Abkommens. Von den deutschen Forderungen in der bekannten Gleichberechtigungsnote war überhaupt keine Rede mehr.

Aber auch diese Kapitulation wurde von dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald scharf abgelehnt. Mit einem Befehlgen verhandelt man nicht, sondern stellt ihn vor vollendete Tatsachen.

Es gingen die Versailles Mächte auf die deutschen Vorschläge überhaupt nicht ein, sondern legten durch den Mund des französischen Außenministers eine Formel vor, die die Existenz von vier Mächten Frankreich, England, Italien und Amerika gegenüber den Forderungen des deutschen Imperialismus auf einen Nenner bringt. Diese Formel besagt, daß das Ziel der Konferenz ist, Deutschland zwar eine „Rechtsgleichheit“, aber nicht eine „Gleichberechtigung“ zu gewähren, jedoch nur in einem System, das für alle Staaten, und besonders für Frankreich, die Sicherheit einschließt. Dieses System ist das Versailles System. Bescheidenerweise sagte der deutsche Außenminister noch nicht einmal, diese Formel offen anzunehmen, sondern erklärte, daß er sich keine Entschlüsse vornehmen werde.

Der übrige Teil der Verhandlungen war ausgefüllt mit der Debatte über den amerikanischen Vorschlag auf Vertagung der

Abstimmungskonferenz für drei Jahre. Die Gleichberechtigung stand nicht mehr auf der Tagesordnung.

Morgen soll in Paris eine Besprechung von Vertretern des englischen und französischen Imperialismus über ein gemeinsames Vorgehen in der Schuldentragung stattfinden, das sich auch an das sogenannte Gentlemen-Abkommen von Louvain halten wird. Dieses Abkommen ist bekanntlich vor, daß der Louvainer Pakt ungültig ist, wenn man nicht zu einer Schuldregelung mit Amerika kommt.

Die Genfer Besprechungen haben also erneut gezeigt:

1. Der deutsche Imperialismus ist völlig isoliert. Die Versailles Mächte tun alles, um das Versailles System unangefastet zu erhalten.

2. Angesichts der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze um die Neuauflage der Welt soll die Abstimmungskonferenz eingeleitet, die Abklärung bis nach dem nächsten Weltkrieg verlagert werden.

3. Die Versailles Mächte wollen das Versailles Abkommen endgültig sprengen und damit die Krisissituation weiter verschärfen.

4. Der deutsche Imperialismus vollzieht eine offene Kapitulation vor den Versailles Mächten und bemittelt sich, im Rahmen des Versailles Systems mit dem französischen Imperialismus auf einer Verständigung zu gelangen. Eine solche Verständigung kann sich nur gegen die Sowjetunion richten.

Es ist bezeichnend für die Katastrophe der Nazis gegenüber dem englischen und italienischen Finanzkapital, daß der „Rötschige Beobachter“ es fertigbringt, trotz der französisch-englisch-italienischen Einheitsfront zur Aufrechterhaltung des Versailles Systems zu schreiben: „England und Italien maßen ihre Haltung von der deutschen Entscheidung abhängig“.

Es ist die Spur der Verfallenen, die in Genf verschärft wird. Die Versailles Knechtschaft soll noch härter werden. Neue Milliarden-Tribute drohen dem deutschen westlichen Volk. Die Proletarier sollen wieder für den imperialistischen Kampf um die Neuauflage der Welt auf die Schlachtfelder gehen werden. Um so fester und unverrückbarer muß das Kampfbündnis zwischen den deutschen, französischen, englischen und polnischen Arbeitern gestärkt werden. Unter den Schlägen dieses internationalen Kampfes wird das Versailles System vernichtet werden, wird nicht nur das Versailles fallen, das das deutsche Volk knechtet, sondern alle „Versailles“, durch die die Völker eine gekerkert und unterjocht sind.

England schickt Kriegsschiffe nach Persien

Jerusalem, 7. Dezember. Wie aus Teheran gemeldet wird, haben die Masendenemonstrationen gegen den englischen Imperialismus in der persischen Hauptstadt unermüdet an. Wie bekanntgegeben wird, hat die britische Marinekraft vier englische Kriegsschiffe nach Persien entsandt.

Capitol von Hungerdemonstranten belagert

Washington, 7. Dezember. Bei der Eröffnung des US-Kongresses demonstrierten etwa 5000 Teilnehmer des Hungermarches vor dem Parlamentsgebäude. Ein riesiges Polizeiaufgebot von etwa 2000 Schutzeinheiten sperrte das Abgeordnetenshaus von der Menge ab.

Im Kongress wurde die Botschaft des Präsidenten Hoover verlesen. Neben einem Programm von neuen Hungernormen gegen die wertvollen Massen entschied die Botschaft die strikte Erklärung, daß der Aufschub der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenszahlungen von der Regierung der Vereinigten Staaten abgelehnt werde.

Der Hafenarbeiterstreik in Le Havre

Paris, 7. Dezember. Der Streik der 4000 Hafenarbeiter in Le Havre wird geschlossen weitergeführt. Der Bürgermeister von Le Havre, Meyer, hat versucht, den Kampf im Hafen abzuwürgen, indem er einen Schlichterposten stellte, der eine Herabsetzung des Tagelohnes um 150 Franken vorschlug. Die Hafenarbeiter beschlossen in einer großen Versammlung, den Streik fortzuführen.

Bergarbeiterstreik im tschechischen Ungarn

Künftigen, 7. Dezember. In den Kohengruben der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in der Umgebung von Künftigen sind 2500 Bergarbeiter trotz brutaler tschechischer Terror in den Streik getreten. Die Unternehmer haben nur 80 Prozent der ohnehin schon stark gekürzten Löhne ausgezahlt.

In Schapawlow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

57. Fortsetzung.

In Feodosija fand sich ein Rächer für die getöteten Matrosen. Ein fähiger Soldat namens Wolfshelber, hoch auf dem Hauptmanns Gehalt, ließ sich aber nicht und wurde verhaftet. Im Gefängnis hat ihn Geroy bis zum Wahnsinn getortet. Nachdem der „Patomkin“ ein Tage im offenen Meer herumgeirrt war, ergab er sich Amerikanern. Dem Genossen Wolfshelber, der von Lenin zu uns geschickt wurde, gelang es nicht, den „Patomkin“ zu erreichen, um den Mut und Geist der Matrosen zu haben.

Der Zustand des „Patomkin“ war nur die erste Schwalbe. Es folgten nacheinander: im Oktober 1905 der Aufstand in Kronstadt, im November 1905 der Aufstand des Leutnants Schmidt, im Juli 1906 der Aufstand des Panzerkreuzers „Kamajz Flota“, der Swebodger Aufstand, der Aufstand der baltischen Flotte, im Jahre 1907 die Aufstände in der Schwarzen Meeresflotte der Panzerkreuzer „Tri Smjajtschja“, „Schnop“ und „Koffislaw“.

Das waren aber die letzten Aufstände, die durch den revolutionären Aufschwung der Jahre 1905-06 hervorgerufen wurden. Mit den niedergebenden Wellen der Arbeiterbewegung nahmen auch die Matrosen- und Soldatenrevolten ein Ende. Der neue Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung im Jahre 1912 beeinflusste selbstverständlich auch die Matrosen, diesmal waren es die Matrosen der baltischen Flotte. Am 28. Juni 1912 wurde durch einen Epion eine Verhaftung auf dem Panzerkreuzer „Scharjowitsch“ ausgeführt.

Die Rolle der Matrosen der Baltischen Kriegsflotte in Kronstadt während der Oktoberrevolution ist allen bekannt. In allen diesen Aufständen zeigte sich die, von Lenin noch in den

neunziger Jahren aufgewachte Rolle der mit der Bauernschaft verbündeten Arbeiterklasse als Führerin der großen russischen Revolution.

Was all dem oben Erwähnten kann man folgende Schlusfolgerungen ziehen: Aus Grund der sich allgemein verschärfenden Unzufriedenheit in Russland im Jahre 1905, hatten sich die drohenden Vorkämpfer im Juni in der Schwarzen Meeresflotte zusammen. Die Matrosen, die das Widernis der Arbeiter mit den Bauern verkörperten, bildeten die Treibkraft der russischen Revolution. Ihre spontane Bewegung ging sogar der Partei voraus. Noch vor der Annahme der Resolution über die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand am 3. Kongress unserer Partei, stellten die Matrosen der Kriegsflotte schon die Frage des bewaffneten Aufstandes.

Die Schwarzenmeeresflotte und der Panzerkreuzer waren organisatorisch mit den Menschewiken verbunden, die ihre Arbeit nicht in der Richtung des Aufstandes und der Machtübergabe führten, sondern alles dran setzten, um die Matrosenbewegung zu vernichten und zu atomisieren. Aus diesem Grund schufen sie, — als das Gewitter sich über Odessa entlud, wo ein harter Mangel an revolutionären Kräften, die den Aufstand hätten unterstützen können, herrschte, — keinen militärisch-revolutionären Stab, sondern eine „Vereinigte Kommission“ der sozialdemokratischen Organisationen, die ausschließlich eine Schwängebude war. Die Matrosen des „Patomkin“ bewiesen als sie den Kampf gegen das ganze Gewölkern aufnahmen, als sie noch revolutionäre Perspektiven vor sich sahen, ihre Bereitschaft für revolutionäre Ziele zu kämpfen. Sie zerlegten sich aber, als die „Vereinigte Kommission“ der sozialdemokratischen Organisationen sie in Untätigkeit, ohne Aussicht für die Zukunft ließ.

Niemals hatte die Geschichte so deutlich die Forderung nach energiegelber revolutionärer Führung gestellt, wie damals. Wären zu jener Zeit energiegelbere Genossen im Obersten Komitee gewesen, die sich in militärischen Aktionen besser ausgingen hätten, wäre es dem Genossen Timofej gelungen, das bolschewistische Komitee zusammenzubringen und mit seiner Autorität, statt des vom Verführer Michail hingeführten Verführer Alfanassij, selber auf das Schiff zu kommen, hätte der Panzerkreuzer unter bolschewistischem Einfluß nach den Wehren Wargens und den Weisungen Lenins gehandelt, das heißt die Stadt erobert, so wäre das Ergebnis des Aufstandes ein viel Besseres gewesen.

Ankunft in Charkow

Es war schon Ende Sommer, in der Luft spürte man schon den Herbst, als ich nach Charkow kam.

Ich quartierte mich zu allererst in Schurawjowa ein, in einer Wohnung, wo Studenten wohnten. Die Hausfrau zeigte eine zu große Neugierde mir gegenüber. Sie wollte genau wissen, wo ich arbeite, welche Qualitäten meiner Eigenschaften seien. Da ich gar keine Luft hatte, sie in meine Pläne und Vorhaben einzusehen und da ich nicht in Unannehmlichkeiten geraten wollte, begann ich schon am nächsten Tag meiner Ankunft ein anderes, meiner Lage angemesseneres Zimmer zu suchen. Das war um so notweniger, als Schurawjowa, das in der Nähe der Bourgeoisviertel lag, sehr weit von den Fabrikvierteln und der Eisenbahn war, wo ich als Revolutionär doch die Hauptarbeit zu verrichten hatte.

Die Bourgeoisviertel liegen in Charkow hauptsächlich oberhalb Schurawjowa, in einer hügeligen, gelunden Gegend, weit entfernt von den flüchtigen Lopen, Nieschitz und Charkow, die sich im Sommer in einem stinkenden Sumpf vermandeln.

Ich verließ in jeder neuen Stadt die Privilegien kennen zu lernen, deren sich die dortigen Bourgeois erfreuten. Das war für die Migration notwendig und vernünftiger als mir ein mirames Gegenüberstellung des Elends, in dem sich die Arbeiterklasse überlebt fand, und des bürgerlichen Wohllebens. Zu diesem Zweck ließ ich eine Treppe, an der mich mein Weg vorbeiführte, darauf gelangen zum Technologischen Institut und dann in einen gut gepflegten, aber kleinen Park. Ich durchquerte ihn und kam in das Bourgeoisviertel der Stadt.

Ich ging durch die Puschkinskaja und kam in die Gumnjowa, vor den Eingang in den Universitätspark. Ich durchquerte den Park, wo alle Liebhaber der Charkower Jugend angeknüpft wurden und trat durch eine schmale Pforte auf den Marktplatz, wo es von den Arbeitern, Kleinbürgern, die Kleinhandel trieben, Bauern und Tschendebien, die es in Charkow so viele gab, nur so wimmelte.

Unter dem grauen Himmel, mit tiefhängenden schwarzen Wolken, unter dem niedrigen Herbstregen, erschienen mir diese schlecht angelegenen Menschen fürchterlich mühsam und farblos.

(Fortsetzung folgt.)

RUND UM DEN ERDBALL

Gas im nächsten Krieg

Wie für unsere „Schutz“ gefordert wird — Gibt es eine Rettung bei Gasangriffen?

Am Sonnabend fand im Herrenhaus eine Sitzung der Vertretung von Berlin mit dem Thema „Verteilung der Hilfestellung beim Gaschutz“ statt. Was die beiden Referenten, Privatdozent Gierlert und Regierungsmedizinalrat Pusch über Gasverrichtungen und Gaschutz vorbringen, ist aus den Veröffentlichungen, die in den letzten Monaten in der gesamten medizinischen Fachpresse erfolgten, bekannt. Neu war lediglich die Mitteilung, daß heute im Gebiet des ganzen deutschen Reiches der Luft- und Gaschutz derart organisiert ist, daß in jedem noch so kleinen Nest Polizei, Feuerwehr, Sanitätsorganisationen und technische Notdienste für den Ernstfall gerufen werden können. Dr. Pusch, als Vertreter der Regierung, erklärte die Organisation dieses Schutzes als eine der wichtigsten Aufgaben. Auch hieraus ist zu ersehen, daß offenbar mit dem Ernstfall in nicht allzu ferner Zeit gerechnet werden muß.

Gegen „Gelbtreue“ und „Grüntreue“, gegen „Froschen“ und „Lewits“ und gegen die neuen Gase, deren vorhererben Eigenschaften von den Regierungen der kapitalistischen Länder ängstlich geheimgehalten werden, helfen die bekanntesten Schutzmittel, Gasmaske und Schutzanzug, nur teilweise. Ihre Anschaffung kommt für die gesamte Bevölkerung überhaupt nicht in Frage. Dazu sind die Kosten zu hoch. Notwendig aber ist, nach der Ansicht der Referenten, die „Gasdisziplin“ unter der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, die an die Gefahren des Krieges zu gewöhnen und in dem trügerischen Glauben zu erhalten, daß es einen ausreichenden Schutz gegen die chemischen Kampfstoffe gäbe.

Wenn die Verste sich mit der Frage der Behandlung der Kampfstoffverletzungen eingehend beschäftigen, so wird in der Bevölkerung das beruhigende Gefühl entstehen. Wir sind im Ernstfall gut versorgt.“ In diesem Zusammenhang verlangte Medizinalrat Pusch als Hauptaufgabe des postiven Luftschutzes die Verhinderung einer etwa entstehenden Panik, die gründliche Ausbildung der technischen Hilfskräfte, also des aktiven Teiles der Bevölkerung, der gleichzeitig mit den modernsten Gaschutzgeräten versehen sein muß, und die Durchführung eines großzügigen Umlern- und Warnendienstes für Bevölkerung und Betriebe. Neben der Vorbereitung dieser im Moment der Gefahr notwendigen Einrichtungen muß als Ziel der Gegenwart eine möglichst umfassende Aufklärung der gesamten Bevölkerung einleiten. Hierbei soll man sich der Gewerkschaften, der Schulen, der Vereine bedienen.

Mit der Arbeit unter den Schulkindern ist übrigens in Berlin schon begonnen worden. An verschiedenen höheren Schulen hat der Kapitänleutnant a. D. Eduard Schmidt, Mitglied des „Schwermetallkommissionarschusses im Deutschen Luftschutzverband“, interessante Vorträge gehalten. Das jüdische Film- und Bildmaterial vor einer Anzahl von Volksschullehrern einen Lichtbildervortrag ab, zu dem ein Ingenieur Peres mündliche Erläuterungen gab. Für die Jugendlichen ist übrigens beim Gaschutz der Zivilbevölkerung eine besonders ehrenvolle Aufgabe vorgezogen. Neben Polizeirevier, das im Ernstfall sofort zum „Luftschutzrevier“ umgewandelt wird, werden acht Jugendliche mit Führern beigegeben, die als „Wantrüppel“ vor den Gaswolken her durch die Straßen zu laufen haben und die Bevölkerung ermahnen sollen, sich vor dem Kampfgas zu schützen.

Wie aber wird dieser Schutz aussehen? Regierungsrat Pusch erklärte, daß der persönliche Schutz nur dem aktiven Teil der Bevölkerung, also einer außerordentlich kleinen Zahl, zugänglich gemacht werden könne, während sich die übrigen, die Passiven, mit einem mehr oder weniger gut funktionierenden Sammelschutz begnügen müßten.

In Keller- und Tunnelräumen muß die Bevölkerung abwarten, bis der Gasangriff vorüber und alle Gefahren, die durch Anbläuen des Kampfgases am Erdboden, in der Kanalisation, im Trinkwasser, an den Spülentwässerungen, auf Säumen, in Abzugsleitungen, an Heizungsleitungen und Abzugsmaterial entstehen, durch die Entleerungstrümpf beseitigt sind. Aber: Die lebenswichtigen Teile der Industrie müssen in erster Linie geschützt werden. „Lebenswichtige Teile“ der Industrie sind nach Medizinalrat Pusch nicht etwa die in der Fabrik beschäftigten Wertigkeiten, die Facharbeiter und Ingenieure; lebenswichtige Teile sind vielmehr die Kraftwerke und die Betriebsanlagen, die eventuell durch Vernebelung und Bau von „Scheinanlagen“ geschützt werden müssen. Auf diese Scheinanlagen sollen die Arbeiter Gasbomben abwerfen in der Vermutung, ein wichtiges Industrieunternehmen dadurch lahmzulegen.

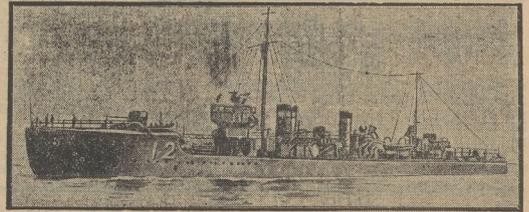
Nicht immer wird es gelingen, die Wasserleitungsanlagen unversehrt zu erhalten. Im Gegenteil! Eine einzige Gasgranate, die in dem Sammelbehälter zur Explosion kommt, kann das Trinkwasser einer ganzen Stadt verunreinigen, so daß schon der Genuß ganz kleiner Mengen tödlich wirkt. Auch zur Lösung von Bränden ist verunreinigtes Wasser nicht mehr verwendbar. Die Feuerwehrautos müssen also mit Sand ausgerüstet sein. Womit aber die verunreinigten, in unerträglicher Enge zusammengepferchten Frauen und Kinder, die Jugendlichen und Greise

ihren Durst stillen sollen, das wird nicht gesagt. Hier wird wahrscheinlich die Gasdisziplin und die Strafrechtorganisation, die unter Umständen mit Gewalt durchgesetzt werden muß, das einzige Mittel bleiben, um den Durst zu löschen.

Die Disziplin wurde fast ausschließlich von den Vertretern der Gruppe „radikale Opposition“ bestritten. Nationalsozialistische und sozialdemokratische Verste bestritten sich lediglich darauf, ihre Bereitwilligkeit, an der Organisation des Luft- und Gaschutzes aktiv mitzuarbeiten, zu erklären. Die Vertreter der Gruppe „radikale Opposition“ erklärten, daß es in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine Möglichkeit gäbe, die wertvolle Bevölkerung vor den Gefahren der chemischen Kampfstoffe zu schützen. Im Gegenteil! Täglich sei die Gesundheitschädigungen, die das Gas bringe, ausgelegt. Die Hamburger Vögelstalttruppe, die schweren Verletzungen im Weinawerk, sind ja nur durch ihre Ausnahme der Katastrophen der Öffentlichkeit bekannt geworden. Wie oft aber werden benartige Vorkommnisse wegen angeblicher Geingfügigkeit der Öffentlichkeit verschwiegen. Ja, auch im Frieden wird in schon von der Polizei bei kapitalistischen Länder Gas gegen die hungernden Erwerbslosen angewendet.

Japanischer Zerstörer im Sturm gesunken

Der 9000 Tonnen große japanische Zerstörer „Sawarabi“ wurde von einem schweren Sturm von seinem Ankerplatz in der Nähe der Insel Formosa losgerissen und ist bei Futschau gesunken. Von der fünfzigköpfigen Besatzung sollen nur 14 Matrosen gerettet worden sein.



Aus aller Welt

In Charlton wurde ein neuer Flughafen eröffnet. Er ist nach den modernsten technischen Gesichtspunkten ausgebaut und soll als Zwischenlandeplatz für den Verkehr zwischen Europa und Persien dienen.

Durch die Explosion einer Bombe in einem Autobus wurden in Buenos Aires 17 Personen zum Teil schwer verletzt.

In ganz Spanien herrscht starker Frost mit Schneefall. In den Bergen der Provinz Valencia treten Wölfsherden auf, denen auch bereits ein Mensch zum Opfer fiel.

Die italienische Europapflichtigen Angelini ist bei Beginn ihres Afrikafluges zwischen Bengali und Töbrud tödlich abgestürzt.

Bei Kowel in Wolynien wurde ein Bauer von einem Rudel Wölfe überfallen und zerrissen. Die Bevölkerung, die vor der überhandnehmenden Wolfplage in Furcht lebt, hat jetzt Abwehrmaßnahmen vorbereitet.

Feuerüberfall auf Kraftwagen

Am 7. Dezember. Der mit mehreren Personen besetzte Kraftwagen des Lehrers Spreewald aus Ortelburg ist in der vergangenen Nacht im Rudauer Wald überfallen worden. Quer über die Straße war ein Baumstamm gelegt worden.

Als sich der Kraftwagen bis auf etwa 20 Meter dem Hindernis genähert hatte, fiel ein Axtschiff, von denen einer Spreewald in den Kopf traf. Seinen Begleitern gelang es, den Wagen sofort zu wenden und den Verletzten in die nächste Stadt ins Krankenhaus zu bringen.

Wie später festgestellt wurde, war vor dem Baumstamm ein Drahtseil über den Weg gespannt gewesen, das aber bereits von einem vorher durchfahrenden Kraftwagen zerrissen worden sein muß.

Tränengasangriffe in Amerika, in Polen, in Frankreich gegen halbberuhigte Demonstranten, Auslösung der Polizei mit Tränengasapparaten in Deutschland, hier denkt niemand daran, die Wertigkeiten zu schützen. Aber auch im sogenannten „Ernstfall“ wird nicht einem jeden geholfen werden.

In der Zeitschrift „Gaschutz und Luftschutz“ vom Oktober 1932 schreibt der Polizeioberst Nagel: „Der Abtransport von Personen, die wegen hohen Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit nicht imstande sind, aus eigener Kraft die nötigen Schutzmaßnahmen oder die rechtzeitigige Flucht zu ergreifen, ist mit denselben oder noch größeren Schwierigkeiten wie der von Frauen und Kindern verknüpft. Das staatliche Interesse an ihrer Rettung ist jedoch geringes als bei diesen, so daß der Staat wohl kaum die damit verbundenen Nachteile und Kosten auf sich nehmen wird. Sie werden daher sich selbst und der Fürsorge durch ihre Familie überlassen bleiben.“

Nach der Ansicht der Kriegstreiber aller Länder ist „der Gaschutz die humanste Art, einen Menschen kampfunfähig zu machen“. Die Giftgasindustrie und die Giftgasabgabungsindustrie sind ebenso wie die anderen Zweige der Rüstungsindustrie an einem kommenden Krieg interessiert. Papierene Resolutionen, wie sie der Weltbund gegen die Anwendung der Kampfstoffe verfaßt hat, haben keinen Zweck. Die Gefahr kann nur abgemindert werden, wenn die Massen der Bevölkerung und damit auch alle ihre Aufgabe einschmelzenden Verste ihren wahren Feind in dem fähigsten neuen Krieges und neues Glied erzeugenden kapitalistischen System erkennen, bekämpfen und besiegen lernen.

Mörder von Wuhlheide wieder aufgetaucht

Was zwei Mädchen erzählen

Gestern abend meldeten sich bei dem Polizeiposten am Bahnhof Wuhlheide zwei junge Mädchen, die erzählten, daß sie gestern im Walde, den sie durchqueren, von einem Manne angegriffen worden seien.

Der Mann habe ihnen die gleiche seltsame Frage vorgelegt, wie der Frau Sommerfeld und ihrer Tochter: „Komme ich hier zum Botal von Rötter?“ Die Mädchen seien dann sofort geflüchtet, um zum Polizeiposten zu laufen.

Die Mordkommission, die in der Revierwache am Bahnhof Wuhlheide ihr Quartier aufgeschlagen hat, ordnete sofort eine große Razzia an, die jedoch erfolglos war. Ein Mann wurde zwar festgenommen, aber der war durchaus harmlos.

Die Polizei prüft gegenwärtig nach, ob die Angaben der Mädchen glaubhaft erscheinen können.

Geheimnisvoller Mord

In einem Wasserloch in der Nähe von Wahrensdorf bei Catin wurde der Siebler Müller, in Siedelwand gemeldet und verschluckt, tot aufgefunden. Er sollte in einem Strafprozeß als Belastungszeuge vernommen werden, und man nimmt an, daß ein Verbrechen an ihm begangen wurde.

Glosse vom Tage

Nehmen Sie einen Naziaufruf ernst?

Ich jedenfalls nicht. Würde man all die Aufrufe und Erklärungen, die die Nazis im Laufe dieses Jahres veröffentlicht haben, aneinanderreihen, es würde sich kaum ein Mensch finden, der noch einen Naziaufruf oder eine Erklärung von ihnen ernst nehmen würde.

Wie oft haben sie schon in diesem Jahre erklärt, daß morgen die Entscheidung fällt, daß sich morgen bereits Hitler an der Macht befindet. Freilich, sie spezifizieren vielfach oder hauptsächlich auf die Bergschäftigkeit, rechnen damit, daß die Leser heute verfallen haben, was man ihnen gestern erzählt hat.

Nun ereignet sich der grösste Fall, daß die Nazis, oder besser gesagt der „Angriff“, den Beweis erbringen will, daß die Leser seine Aufrufe gar nicht ernst nehmen. Im „Angriff“ wurde feinerzeit nämlich ein Aufruf veröffentlicht, in dem die Nazis aufgefordert werden, die Hugenbergs-Briefe nicht zu lesen. Hugenbergs fragte auf 300 000 Mark Schadenersatz. Goebbels argumentiert nun damit, daß dem Hugenbergs aber dem Schadenersatz aus dem Aufruf kein Schaden entstehen sei, weil er in den in dem „Angriff“ erschienenen Aufruf ernst genommen hätte. Handelt es sich hier um beginnende Selbstkenntnis?

Daß immer weniger Menschen die Naziaufrufe und -erklärungen ernst nehmen, ist heute allgemein bekannt. Trotzdem ist der „Angriff“ der letzte, der das gegeben wird. Hier handelt es sich nur um eine Art „jüdischen Dreck“, um nicht die 300 000 Mark zahlen zu müssen.

Immerhin ist es doch interessant, daß der „Angriff“ seine Leser auffordert, zu erklären, daß sie seine Aufrufe nicht ernst nehmen. Leo.

Verantwortlich: Alfred Frensch Berlin

Arbeitslosenblut wird verkauft

Ein zehntel Liter Arbeitslosenblut für 20 Mark in Budapest

In der „Berliner Volkszeitung“ vom 7. Dezember finden wir ein Bild, das Arbeitslose zeigt, die in einem Budapesterspital liegen und warten, daß man ihnen je ein Zehntel Liter Blut abzapft. Dafür erhalten sie je 20 Mark.

Es ist also in düffellosem Sinne des Wortes wahr geworden, daß die Arbeitslosen ihr Blut vergeben, um ihren Hunger stillen zu können. An der Spitze der ungarischen Regierung steht der Führer der ungarischen Rassenführer, Gömbös, der Mann, der in Ungarn die gleiche Rolle spielt, wie Hitler in Deutschland. Er ist der Begründer der „erwachenden Magyaren“, der ungarischen Rasi-Partei. Zwischen ihm und der Hitler-Partei bestehen auch die engsten Beziehungen. Nun ist in Ungarn das „Dritte Reich“ bereits Tatsache. Der

Führer der dortigen Rasi-Partei steht an der Spitze der Regierung. Wie ist es dort um die Arbeitslosigkeit bestellt? Seit der Übernahme der Regierung durch Gömbös, vor einigen Monaten, ist die Arbeitslosigkeit noch gestiegen. Das Elend der Arbeitslosen ist unbeschreiblich. Arbeitslosenunterstützung wird dort überhaupt nicht gewährt. Im „Dritten Reich“ geht man eben keine. Dafür aber ermöglicht man es den Arbeitslosen, ihr Blut in den Spitäälern zu verkaufen, um den Hunger stillen zu können.

Trotzdem, Ungarn bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Auch in Deutschland bieten sich Arbeitslose an, um ihr Blut für einige Mark zu verkaufen. Soweit haben wir es gebracht. Das ist eine Ertragsquelle der kapitalistischen Zivilisation und des „Dritten Reiches“.

Tom Mann

„Ich weiche nur der Gewalt...“

Karl Severing in Seide gestickt für 38 Pfennig
Schwunghafter Handel der Bürokratie des Textil-
arbeiterverbandes

A. A. Auch die Textilarbeiter im Bezirk sind durch Kunde-
schreiben vom Deutschen Textilarbeiterverband
C. F. e. l. d. Nordwall 125, angegriffen worden, von einer großen
Offerte des Verbandes Gebrauch zu machen. In dem Schreiben
nimmt die Bürokratie auf den 20. Juli Bezug, wo Severing vor
einem Leutnant und drei Mann daoning. Der Verband schreibt:

„Wir haben uns entschlossen, ein Bild des Genossen
Severing in Seide mit der Unterschrift: „Ich weiche nur
der Gewalt, Karl Severing am 20. 7. 32“ anfertigen zu
lassen.“

Es heißt dann weiter, daß dieses Andenken zweifelsohne von
allen Gemeindefunktionären und Mitgliedern der „Eiernen Front“ gerne
gekauft werde. Ja, das Bild gehöre in jeden Arbeiterbüroschrank.
Der Preis liege, das ist der Ortsausfluß, oder wer an einem
Ort den Vertrieb übernehme, für die Untoten immer noch einen
Preis nehmen könne, den jeder Arbeiter und Angestellte bezahlen
wolle.

„Severing in Seide“ soll beim Verkauf den Preis von 50 Pf.
nicht übersteigen! Der Verband liefert das Bild für 38 Pf., das
heißt, es müssen dann gleich hundert Stück abgenommen und inner-
halb 30 Tagen bezahlt werden. (!)

Der Textilarbeiterverband will also einen schwunghaften Handel
inszenieren. Die Arbeiterfront kennt den Herrn Severing, der
nur „der Gewalt nicht“ und sie weiß auch, was der 20. Juli war.
— er war eine konsequente Forderung der Parteipolitik der
SPD-Führer. Deshalb werden die Gemeindefunktionäre mit der
gesamten Arbeiterfront in roter Einheitsfrontaktion marschieren!

Unterstützungsabbau im Gesamtverband

Was die Bürokraten versprechen und was sie halten

A. A. Wir waren als Zeitarbeiterinnen einige Sommermonate
auf dem Vertrauensfriedhof 5 a 11 e beschäftigt. Die meisten Kolle-
geninnen waren Mitglieder des Gesamtverbandes. Wir saßen auf
den Ratzen der Bürokratie im Sommer doppelt Verdienstbeiträge, um
im Winterhalbjahr dann eine Unterstützung zu erhalten, weil ja
nach den Statuten der Verband Arbeitslosenunterstützung zahlt.

Jetzt wurden wir aber gewahrt, daß die Verbandsbürokratie
anders dachte als wir. Auf dem Verband gab man uns zu verstehen,
wir könnten zur Zeit keine Unterstützung bekommen, wir müßten
bis Februar noch 30 Pfennig pro Woche nachzahlen (von unseren
Ermehrsloshungsgeldern) und dann erst würde uns der Ver-
band Arbeitslosenunterstützung zuteil werden lassen. Die Satzungen
des Verbandes wurden geändert worden. Früher bekam jedes Ver-
bandsmitglied Unterstützung, wenn es 53 Beitragsmonate gelistet
hatte. Heute bekommt man erst Unterstützung nach 78 Wochen.

Man hatte noch nicht einmal den Mut, uns das vorher zu sagen.
Auch der Verbandskollege Zimmermann, der als Betriebsrat fun-
giert, hat uns keine Aufklärung gegeben. Er macht alles mit, was
die Bürokratie tut!

Jetzt haben wir jedenfalls erkannt, daß es mit den ganzen
statutarischen Reden nicht weit her ist. Auf der einen Seite preist
die Verbandsbürokratie mit den Leistungen, die sie vollbringt, und
auf der anderen Seite baut sie gerade bei den Unterstützungsabbau
ab. Einige Kollegen sind aus dem Verband wegen dieser Enttäu-
schung ausgetreten.

Wir wurden aber zum größten Teil von oppositionellen Kollegen
aufgeklärt und wissen, was wir zu tun haben. Wir bleiben im
Verband, soweit wir uns mit guten Kolleginnen verständigen konn-
ten. Wir werden aber oppositionelle Arbeit leisten, denn es sind ja
noch viele Kollegen im Gesamtverband, die noch nicht die Politik
der Bürokratie erkannt haben. Es handelt sich nicht nur um den
Unterstützungsabbau, sondern die Verbandsbürokraten haben ja
alle Verschlechterungen der Löhne und Arbeitsverhältnisse gutge-
heißen; sie haben daran mitgeholfen, sie handeln direkt gegen die
Arbeiter, wie das die Streikfahne beweisen. Deshalb werden wir
die revolutionäre Opposition im Verband mit allen Kräften unter-
stützen und überhaupt selbst als oppositionelle Kolleginnen mitar-
beiten!

Bürokratenverrat auf „Krügershall“

Provozierende Bürokraten ertreten bald eine Tracht Prügel

A. A. In der Belegschaftsversammlung des Kalwertes
„Krügershall“ (am Sonntag) leiteten die Reformisten ihren
Berat an den Kalwertpuls die Krone auf. Anfänglich ver-
folgten sie die Faktion, in Verhandlungen hinter dem Rücken der
Belegschaft der Stilllegung zuzustimmen. Die Belegschaft sollte
einfach auseinanderlaufen, damit nach einiger Zeit, bei Wieder-
eröffnung des Betriebes, die Kämpfe einseitig mit einer Provo-
zierung der Lohnführung in den „gefährdeten“ Betrieb wieder herein-
holen konnte, mit Ausnahme „müßiger Elemente“ selbstver-
ständlich.

Durch diese Rechnung machte die KGD einen Strich, indem sie
durch eine breite Arbeiterfront eine Belegschaftsver-
sammlung erzwang. Auch hier verhielt man sich immer Ver-
schleppungsmanöver, mühte sich aber schließlich doch der Beleg-
schaft stellen. Der Zutritt eines Vertreters der KGD zu dieser
Versammlung wurde erzwungen!

Die beiden Gemeindefunktionäre Trachtmann und
Andreas bezogen in dieser Versammlung ganz offen die Linie
der Unterwürfigkeit der Maßnahmen des Unternehmens, „Kamer-
raden“, so legten beide mehrfach wertlich, „wie müssen uns mit
den Tatsachen abfinden!“

Dem Vertreter der KGD verweigerte man zunächst das Wort
und verlangte, die Versammlung durch endlosen Schmus aus-
anderzujagen. Schließlich wurde der Bonze Andreas einfach
unterbrochen und in der Zeit von 300 Mann befristeten Verlam-
mung gegen nur drei Stimmen beschloßen, daß nun erst der Ver-
treter der KGD sprechen sollte.

Unter wachsender Zustimmung der gesamten Belegschaft zeigte
man in einstündigen Ausführungen der KGD-Vertreter die kon-
kreten Maßnahmen auf, die von der Belegschaft zur Abwehr der
Schicksalsschläge und des damit verbundenen Lohnabbaumanö-
vers ergriffen werden müßten.

Die erste leit die Recht eines Kampfausschusses, in dem ver-
treten sein müßten alle Abteilungen, alle Teile der Belegschaft
(KGD, Freigemeinschaftler, Unorganisierte und auch die im Betrieb
nicht schwache Stahlhelmzelle). Weiter müßten in diesem Kampf-
ausschuß ein Vertreter der Gewerkschaften, ein Vertreter des Kreis-
tages und schließlich müßten auch alle Wohnorte der Kalwertpuls
darin vertreten sein.

Immer mehr Gestank in Klostermansfeld

Bergarbeiterbürokratie beschönigt die Korruption — Müller bleibt im Verband und in der SPD!

A. A. Weil es in der Zählstelle des Bergbau-Industriearbeiter-
verbandes Klostermansfeld allzu arg stinkt, weil wieder einmal
ein SPD-Staube vorliegt, hat es der Gemeindefunktionäre
Böttcher von 50 1/2 Ra für notwendig gehalten, ein Rund-
schreiben zur Beratung der Verbandskollegen herauszugeben.
Das Rundschreiben ging am 28. November an alle Vertrauens-
männer und Betriebsratsleiter. Es heißt in diesem Schreiben:

„Meine Kameraden!

In den letzten Tagen ist durch die bürgerliche Presse eine
Korruption, monoton der Vertrauensmann der Zählstelle
Klostermansfeld, der Kamerad Friedrich Müller, große
Unterlagen vorgekommen hat. In unseren Kameraden-
kreisen herrscht darüber eine große Mitmischung. Was liegt
nun Wahres zugrunde?

Der Kamerad Müller hat bis jetzt regelmäßig mit der Ge-
meinstelle in Hehra abgerechnet. Wie in jeder Zählstelle, so
hat auch die Zählstelle Klostermansfeld einen vollen Monats-
betrag von Beitragsmarken in den Händen. Klostermansfeld
ist eine Zählstelle von ungefähr 800 Mitgliedern und gebraucht
daher monatlich für 800 bis 900 Mark Beitragsmarken.

Dieser Kampfausschuß habe als erstes zu sorgen für eine breite
Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen die Stilllegung, habe Pro-
teste der Gemeindefunktionäre, des Kreisrates, des Kreisland-
tages usw. zu organisieren. Er ernannte auch die Bestimmung
des Kalwertpulsgeheges, wonach den Kalwertpuls bei der ge-
ringsten Qualifizierung Lohnzahlung für 26 Wochen zuzuführen,
als Welle für die Weiterbeschäftigung der gesamten Belegschaft
zu benutzen.

Der Kampfausschuß hat für den Fall der trotzdem erfolgenden
vorübergehenden Stilllegung die Belegschaft zusammenzubringen
dafür zu sorgen, daß nicht im Januar einer nach dem anderen zu ver-
schlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder in den Betrieb
geholt würde, sondern daß die Belegschaft geübt sei, die Wieder-
einstellung der gesamten Belegschaft zu den jetzigen Arbeits-
bedingungen erzwingen. Und als Demonstration dafür, daß hinter
dem Kampfausschuß auch wirklich die gesamte Belegschaft stehe
und darüber hinaus als Demonstration gegen die Regierung
Schleicher, die auch eine Regierung der Kalwertpuls ließe, müßte am
Dienstag in jeder Schicht ein halbtägiger Proteststreik organi-
siert werden!

Als der KGD-Vertreter mit diesen konkreten Kampfausschlüssen
harte Zustimmung fand und nun an die Organisation dieser
Maßnahmen herantreten, erklärten sich die Bürokraten ganz offen
als Unternehmernächte. Wie es ein direkt vom Bergbau-Kamerad
besahelter Agent nicht besser gekonnt hätte, inszenierte er jetzt eine
wüste Hege gegen alle Unorganisierten, beschimpfte zuerst die an-
wesenden Stahlhelmler und dann die KGD-Mitglieder in derartig
gemeiner Weise, daß die Versammlung in einer großen Schlägerei
unterzugehen drohte. Nur mit knapper Not gelang Trachtmann
einer Tracht Prügel durch die maßlos empörten Kalwertpuls.

Aber er hatte den Zweck erreicht, zu dem ihn der Unternehmer
hingeführt hatte. In dem allgemeinen Durcheinander flog die
Versammlung auf, ohne daß irgendwelche konkreten Kampfmaß-
nahmen vorbereitet werden konnten.

Die Kalwertpuls von Krügershall ließen nun vor der Aufgabe,
sich dieser im Dienste des Bergbau-Kameraden verübten gemeinen
Sabotage den Kampf auf dem von der KGD aufgezeigten Wege
zu organisieren und durchzuführen.

Von diesem vollen Monatsbeitrag hat der Kamerad Müller
aber im letzten Monat nur einen geringen Betrag nach der Ge-
meinstelle abgeliefert, so daß noch ein größerer Betrag als
Korruption vorliegt. Die Summe beträgt bis zu un-
gefähr 100 bis 200 Mark (!).

Müller ist von uns wegen der Summe veramtlich ge-
macht und seines Postens als Vertrauensmann entsetzt wor-
den. (Er bleibt natürlich im Verband und in der SPD und
auch in der Gemeindeverwaltung. D. W.)

Der Gesellschaft werden über den Fall Vorwürfe ge-
macht und die Sache so hingezögelt, als ob der Schaden nicht
stark hätte. Jetzt steht, daß wir nach Reklamation der Dinge
sogar energisch durdgegriffen haben. Müller selbst gibt die
Verfälschungen zu und muß auch für die Schuldinnahme gerade-
stehen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

ges.: Otto Böttcher.

Eine andere Stellungnahme hatte man von der Bürokratie auch
nicht erwartet. Wir wiederholen auch hier:

Die Bürokratie ist durch ihre gesamte Politik, durch ihre
Verbandsrechte der Kameraden schuldig an diesen
Unterlagen!

Nur die revolutionäre Opposition kann, als Fraktion zu-
sammengeschlossen, diesen Stall ausmisten und — was das Wesent-
liche ist — die Verbandsbürokratie vom Einfluß der Arbeiter-
löschen und in die rote Einheitsfrontaktion zurück einbeziehen.

Auch als Gemeindegroße ist Herr Müller nicht frei. Uns
wird mitgeteilt, daß Besitze in der Gemeinde auf Mitglieds-
beiträge abgehoben werden. Die Mieter in den Gemeindegewer-
betrieben erklären, daß keine 700 Mark festbetrag durch rückläuf-
rige Mietsentlastungen sei. Dies muß nachgeprüft werden. Müller
ist immer noch Mitglied in den Gemeindegewerbetrieben. Alle Geld-
mittel, die durch seine Finger gingen, sind kaum zu kontrollieren.
Für Juli und September 300 Mark zwei Malerarbeiten ein.
5.60 Mark von den Mietern und 12 Mark von den Schachtelkassen
zum Verkauf. An das Wasserwerk wurden aber nur 5 Mark
abgeliefert!

Im September betrug die Wasserrechnung 3.50 Mark, aber
5.17 Mark hat Müller eingezogen. Das Müllrecht sollte gemein-
schaftlich bezahlt werden. Müller hat jedem Mieter dafür extra
50 Pfennig abgezogen. Wo sind die Belege, wo ist das Geld hin?
Sowohl im Bergarbeiterverband als auch in der Gemeinde-
müssen Kontrollen erfolgen, und zwar durch die Arbeiter selbst.
Verbandskollegen, legt einen Untersuchungsausschuß ein. Und
Mieter in den Gemeindegewerbetrieben, wählt eine Kontrollkommission
und verläßt sich nur auf sich selbst.

Der Korruptionsskandal ist der Auslöser der gesamten Politik des
Berates an der Belegschaft, der von SPD- und Gemeindefunktionä-
ren ständig geleitet wurde. Deshalb kämpft in der roten Ein-
heitsfrontaktion bis zum Siege der Arbeiterklasse!

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Schärfster Lohndruck im Zeiker Konsum

Aushilfen erhalten 30 Pfennig Stundenlohn — Angestellte, kämpft in roter Einheitsfrontaktion

A. A. Während sich um die Weihnachtszeit werden in allen
größeren Geschäften und Warenhäusern eine Unmenge Verkäu-
ferinnen aushilfsweise beschäftigt. Hier ist dem Unternehmer beste
Gelegenheit gegeben, einen ungeheuren Druck auf die Gehälter
der weiblichen Angestellten auszuüben. Das bevorstehende Weih-
nachtsfest, das „Zeit der christlichen Nächstenliebe“, veranlaßt
manche erwerbslose Verkäuferin, zu den unerhörten Bedin-
gungen zu arbeiten, nur um wenigstens einmal im Jahre
„etwas Geld“ zu haben.

Auch der Konsumverleiher zieht mit dem wir uns nun
schon oft beschäftigen müssen, steht in dieser Front der Unter-
nehmer. Am 1. November wurden sieben Verkäuferinnen ent-
lassen, die jetzt als Aushilfskräfte tageweise und stundenweise beschäftigt
werden. In einer Sitzung mit Mitgliedern des Ausschusses und
des Angestelltenrates ver sprach die Verwaltung den entlassenen
Verkaufserinnen, ihnen als Aushilfen pro Tag 3 Mark zu zahlen.
Am Ende des Monats November, als sich herausstellte, daß
mehr Aushilfen gebraucht wurden als vorgesehen waren, merkte
die Geschäftsleitung, wie sie sich verrechnet hatte. Jetzt sollen die
Verkaufserinnen nur noch 30 Pfennig für die Stunde erhalten,
das sind am Tage 2.40 Mark!

Bei allen Angestellten hat diese Maßnahme wie eine Bombe
eingeschlagen. Sie sind empört und diskutieren heftig darüber.

Einige Verkäuferinnen, die schon einige Jahre als Aushilfen be-
schäftigt wurden, sind einfach nicht wiedergewonnen, als sie auf-
gehört wurden. Der Grund ist darin zu suchen, daß sie nicht
der Beschäftigung für ihre Arbeit nicht zufrieden sind.

Wenn es trotzdem der Verwaltung gelungen ist, andere Aus-
hilfen zu bekommen, so ist das ein Zeichen dafür, wieviel revo-
lutionäre Arbeit unter den Angestellten notwendig ist, um den
Sollwortsgegendanten zu führen.

Seine Verantwortung darf sich nicht erklären, unter Karl zu
arbeiten. Die Arbeiter haben dadurch Grund, immer frecher ihre Aus-
bestimmungsmassnahmen anzuwenden.

Die unter SPD-Führung stehenden freien Gewerkschaften, in
diesem Falle der ZVJ, unternehmen nichts gegen diese Mißstände.
Sie propagieren immer nur, sich reiflos im Verband zu organi-
sieren, dann erst wird „das andere“ werden!

Die Verbandsbürokraten haben kein Interesse am wirklichen
Kampf, sie verabschieden die Einheitsfront zur Abwehr eines jeden
Gefahrabbaues.

Kolleginnen und Kollegen! Zeigt den Bonzen, daß sie nicht
genügt sind, euch noch weiter so brutal ausbeuten zu lassen. Zeigt
ihnen, daß ihr kämpfen wollt gegen eure Verelendung. Schließt
die rote Einheitsfront!



Donnerstag, den 8. Dezember 1932

Revolutionäre Literatur unsere Waffe!

Ein kleiner Auschnitt aus den Literaturkämpfen, an denen aus Anlaß des 21. Bezirkspartitages im „Volkspar“ das Neue an Büchern und Broschüren gezeigt und verkauft wurde. Gerade in diesen Wochen hat der Literaturvertrieb eine besondere Bedeutung.



beutung. Auch auf dem Bezirkspartitag wurde festgestellt, daß im Literaturvertrieb Erfolge erzielt sind. Es muß aber noch besser werden!

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis! Diesen Satz gilt es jedem Genossen einzuhammern. Unsere Literatur ist die Grundlage der bolschewistischen Theorie. Deshalb die Schriften, die Bücher und Broschüren der Partei in die Hände aller Arbeiter.

Literaturabende vor die Front!

Durch den fortgesetzten Gehaltsabbau vor die Gerichtshürden

Wie sich die über die unteren Beamten verhängten Gehaltskürzungen auswirken können, bewies eine Verhandlung vor dem Schöffengericht. Ein bisher unbekannter 53jähriger Oberpostkassierer W. aus Halle, der über 30 Jahre als Postbeamter tätig war, fand wegen Umsatzerlösausfallung vor Gericht.

W. ist verheiratet und wohnt in einem logenamen „Eigenschaftsheim“, für das er eine hohe Miete bezahlen muß. Ein erwachsenes Sohn wohnt mit Frau und Kind bei ihm und mußte unterhalten werden. Nach 53jähriger Tätigkeit besaß dieser Beamte ein „hohes“ Gehalt von monatlich 189 Mark. Natürlich gibt es Tausende, die mit weniger auskommen müssen, deshalb dürfte es kein Grund sein, amtliche Briefe zu unterschlagen. Nun kommt noch hinzu, daß W. gerade ein Gläubiger war und daß ihm aber das Geld dazu fehlte. Dadurch kam er auf den verhängnisvollen Ausweg.

Er war als Vollschaffner beschäftigt. Durch seine Hände gingen viele eingeschaltene Briefe, die auch Geld enthielten. Die Beschuldigung war groß und so dünkelt er hin und wieder einen solchen Brief und erbeutete so auf diese Weise nach seinen Angaben 100 bis 120 Mark. Die Oberpostdirektion ließ die von W. beschaffenen Briefe übermachten und lo wurde er gefaßt.

Das Schöffengericht mußte nach Eröffnung des Verfahrens die Verhandlung an die Strafkammer übermitteln. W. hat als Opfer des Gehaltsabbaues nunmehr eine hohe Strafe zu erwarten, er verlor seine „gepflegte“ Stellung und alles, was er sich in jahrelanger Arbeit erworben hatte. Kämpfen gegen die Gehaltsabbaumaßnahmen wurde fester geworden.

Betrüger finden immer milde Richter!

Der Abschluß des Terhorst-Prozesses — 5 der Angeklagten freigesprochen — Die Geschädigten sollen auch jetzt noch weiter zahlen — Die 1½ Millionen Mark hätten nicht verloren geben dürfen

Nach wochenlangen Verhandlungen fand am Mittwoch der Terhorst- (Hund) Prozeß mit der Urteilsverkündung seinen Abschluß. Der Staatsanwalt hatte insgesamt für die sieben Angeklagten 63 Monate Gefängnis und 7600 Mark Geldstrafe beantragt. Die Erste Strafkammer, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Brodmann, vertrat eine mildeere Auffassung. Nur drei der acht Angeklagten wurden schuldig gesprochen. Ueber Terhorst und zwei weitere wurden wegen Betruges neun Monate Gefängnis und insgesamt 140 Mark Geldstrafe wegen Vergehens gegen § 146 des Genossenschaftsgesetzes u. a. verhängt. Der Angeklagte Fritz Linke erhielt 250 Mark Geldstrafe wegen verurteilten Betrugs und schließlich der Oberstaatssekretär Kurt Körner 70 Mark Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz und weitere 70 Mark wegen des eigenen Hausraubes, bei dem er das Bundesvermögen nicht voll eingezahlt hat. Die übrigen fünf Angeklagten wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

An der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß in der Öffentlichkeit eine ganz falsche Einstellung über die Vorgänge im HVB geherrscht hätte. Seiner Ansicht nach läge die Hauptschuld am Zusammenbruch daran, daß keiner der Angeklagten die genügenden Vorkenntnisse besaß und daß niemand fähig war, sich in das Gebiet der Genossenschaft hineinzuversetzen. So habe man denn barfußlos gewirkt, bis der ganze Geschäftsbetrieb hockte und zusammenfiel.

Nach der Begründung wurde den Belastungszeugen gegen Knapstein vollkommene Glauben geschenkt, aber der Zeugenpruch von Lammann wurde damit erklärt, daß sich die Zeugen geteilt und Angaben, die ihnen Lammann gemacht, verwechelt hätten. Dieser groß aufgezogene Prozeß, der sicher Tausende von

Jordans Traum vom großen Sieg!

Der Stimmenrückgang um 50 Prozent hat die Geister verwirrt — Revolution in der Redaktionsstube — Die Rotationsmaschine konnte noch angehalten werden

Es wird heute nicht mehr bestritten, daß der Vornarrsch der Nationalsozialisten nicht nur zum Stillstand gekommen ist, sondern bereits in einen allgemeinen Rückgang ausgearbeitet ist. Dies trat bei den Reichstagswahlen bereits deutlich in Erscheinung und die acht Tage danach stattgefundenen Kommunalwahlen in Sachsen brachten einen noch größeren Rückgang der Nazisimmern. Die Zerlegung in der NSDAP ist bis in die Kreise der oberen Führer eingedrungen. Das von Hitler und seinem Anhang angeleitete Programm wird in der Öffentlichkeit als Prose entlarvt. Immer stärker sammeln sich alle antisozialistischen Kräfte in der roten Einheitsfrontaktion, um unter Führung der Kommunistischen Partei im Kampf weiter voranzutreiben.

Nun fanden am Sonntag die Gemeindevahlen in Thüringen statt. Da lösen die Montagmorgens die „Größen“ der NSDAP aus Halle und Umgebung in der Redaktion der „Mitteldeutschen Nationalzeitung“ zusammen, um der kranken Mittelteil das Ergebnis der Thüringer Wahlen zu unterbreiten. In Thüringen hatten die Nationalsozialisten doch so lange Gelegenheit gehabt, der Bevölkerung schändliche Regierungskundt zu zeigen und zu finden. Deshalb wurde nicht lange überlegt. Die „Mitteldeutsche Nationalzeitung“ wurde fertiggestellt und auf der ersten Seite prangte die Überschrift:

„Ueberwältigender Wahlsieg der NSDAP in Thüringen.“

Ob die Köpfe der Jordans Stöße setzten, nur von dem „Ueberwältigenden Wahlsieg der NSDAP“ herbeigeführt worden oder ob andere Ursachen dazu beigetragen haben, soll vorläufig dahingestellt bleiben. Wichtig muß irgendwie eine Ernüchterung eingetreten sein. Die Rotationsmaschine hatte bereits die ersten Exemplare der „M.Z.“ mit dem überwältigenden Wahlsieg der NSDAP hinausgeschleudert. Wählplättchen der NSDAP wurde eingeleitet und die erste Seite der „M.Z.“ eingeleitet und jetzt erscheint die Zeitung unter der Schlagzeile:



Ueberwältigender Wahlsieg der NSDAP in Thüringen

Die Hoffnung der Feinde des Nationalsozialismus hat sich nicht erfüllt

„Ruhige Gemeindevahlen in Thüringen.“

Das übliche Schwärzeln ist nicht mehr am Platze, da die Tatsachen nachstehend durch den Wahlsieg bestätigt werden. Aber auch darin zeigt sich jetzt in den Reihen der Nazis beruhigende Zerlegung und Verzerrung. Es ist schon zu verstehen, daß der geradezu katastrophale Verfall, der sich in dem Stimmenrückgang in Thüringen — bis zu 50 Prozent — zeigte, in den Köpfen der Nazi-Redakteure verwandelt ausgeprägt hat. Bei ihnen war doch alles noch auf so einseitig und doch ihm über großer Wut und eine Reihe anderer Größen in den verschiedensten Orten Thüringens gepredigt und jetzt mit einmal müssen sie feststellen,

daß der Stimmenrückgang gerade dort am größten ist, wo Er seine wohlklingenden Phrasen zum besten gegeben hatte.

Schluß mit der Partei des Arbeiter- und Klassenbetrugs. Proleten im Lager der NSDAP, der zur roten Klassenfront, kämpft mit den Kommunisten in roter Einheitsfront für Arbeit, Brot und Freiheit.

Wie Mieter wohnungslos gemacht werden

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Richard-Wagner-Straße 36 wohnt ein in der Registratur des Bürgeramtes Halle beschaffter Sekretär Groth, der als 30-jähriger über den meisten der 100-jährigen Eigentümer dieses Hauses allem Ans als Hausbesitzer mit Würde durchführt. Wie im Hause mehrere Orden parieren, wehe demjenigen, der zuwiderhandelt.

Am Hause wohnt nun ein Mieter A., der seit sieben Jahren die Wohnung innehat und immer ein pünktlicher Mietzahler gewesen ist. Im März d. J. konnte er nun die Mieten nur teilweise zahlen, das Einkommen als Rentner immer geringer geworden. Der Bürgersekretär Groth, der im Sommer noch mit seiner Familie eine Erholungsreise machen konnte, scheint eine solche Not nicht zu kennen und deshalb verjagt er jetzt den Mieter A. mit allen Mitteln aus der Wohnung zu entfernen.

Achtung, betr. Ermittlungen in den städtischen Häusern und der Kleinwohnungsbau-WG

Wir eruchen, alle Fälle von Ermittlungen, die in den Häusern des Stadt- und in den Häusern des Kleinwohnungsbau-WG vorgenommen werden sollen, sofort bei dem Stadtverordneten der KPD, dem Genossen Paul Kraßmann, Halle, Huttenstr. 82, 1. Stage, bei Bekh, zu melden.

Die kommunistische Stadtverordneten-Fraktion.

Wie weit es mit der Tätigkeit von Groth zusammenhängt, daß dem Mieter die Wohlfahrtsunterstützung in „Höhe“ von 420 Mark wöchentlich gänzlich entzogen wurde, daß er die Anforderung erhielt, auf den Hof zu arbeiten und daß ihm auf der Mietzinssteuererlass getrichen wurde, soll für jetzt noch dahingestellt bleiben. Außerdem wurden gegen das Ehepaar A. verleumdende Behauptungen beim Polizeipräsidium eingereicht, um die Leute auf diese Weise zu lädigen.

Als alles nichts half, wurde im April die Klumungssache angeklagt. Die von dem Bürgersekretär aufgestellten Behauptungen, daß das Ehepaar Kuppel um, betriebe, brachen zusammen. Als im September die Möglichkeit gegeben war, die Wohnung mit einer kleineren zu tauschen, weigerte sich der Bürgersekretär dagegen mit der Begründung, daß der Tausch zu teuer auf seine Miete zahlen würde. Auf diese Weise glaubte er den Mieter A. völlig obdachlos machen zu können.

So soll ein kleiner Gewerbetreibender, der bisher ehrlich und anständig im Brot verdient hat, jeglicher Unterstützung und Logar der Wohnung beraubt werden. Es erscheint unbedingt notwendig, daß die Wohnungen des Bürgersekretärs eingehend untersucht werden. Im übrigen zeigt aber auch dieser Fall, wie in dieser Republik dem Vernehmen das Letzte genommen wird!

Wenn Arbeiter Zeitungen verkaufen

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Sonntag, dem 26. November, verkauften Genossen die Stadtteilzeitung „Die Kommune“. Ein Genosse kam zu dem Reichsleiter Böhrer in der Glauchaer Straße und bot die Zeitung an, als der Reichsleiter Böhrer zum zweiten Revier hinaus kam und ihn aufforderte, mit zur Wache zu kommen. Hier wurde der Genosse einer Durchsuchung unterzogen, wobei ihm sämtliche Material und Geld abgenommen wurde. Es handelte sich um 13 Zeitungen und 410 Mark in bar, was bis heute nicht wieder zurückgegeben ist. Es wurde dem Genossen gesagt, er müsse erst einen Generalschein bringen, vorher bestimme er die „Kommune“ nicht wieder und er müsse dazu weiter einen polizeilich abgestempelten Ausweis anfordern.

Das beschlagnahmte Material und das Geld muß sofort herausgegeben werden. Der Genosse hat Parteiarbeit gelistet und feinerlei Entschädigung erhalten. Gegen revolutionäre Arbeiter ist aber jedes Mittel recht.

Der hallische Polizeibericht meldet:

Am 7. Dezember, zwischen 3 und 4 Uhr, ist am Uniforner auf dem Marktplatz eine Person in falscher Uniform mit weißer Weste beobachtet worden. Zwei als Täter in Frage kommende Personen wurden durch das Ueberfallkommando festgenommen.

Das muß näher untersucht werden!

Die Ermittlungen in der Todesursache des stud. jur. Heinz Friede haben einwandfrei ergeben, daß es sich um einen Unglücksfall handelt. Friede ist mit dem Zuge 438 Uhr von Halle abgefahren, der in Richtung Merseburg fährt. Er muß während der Fahrt die Plattform des Wagens betreten haben und heruntergefallen sein.

Bis zu der Behauptung, daß es sich um einen Terrorfall gehandelt hätte, welche in der Stellungnahme der bürgerlichen Presse nicht mehr vorkommt.

Ein Auschnitt aus dem „Wohlfahrtskaat“

Am Dienstag vormittag wurde in einem Saale in der Viehstraße ein 45jähriger Mann in einem angrenzenden Nebenfall erhängt aufgehängt. Grund zur Tat laut Wohlfahrtsbericht sein.

Beamtentat: Franz Dieb, Halle a. S. H. für den gefamten Inhalt Metzger Bucher, Halle, für den Ungeheuer!



SPD-Genossenschaftspolitik führt zum Ruin!

Geheimprotokolle künden den Zusammenbruch — 15 Genossenschaften vor dem Zusammenbruch — 45 Konsumvereine unter Finanzkontrolle — Neuer Angriff gegen Arbeiter und Angestellte!

Es ist der Arbeiterklasse Mitteldeutschlands noch zur Genüge bekannt, wie die sozialdemokratische Bürokratie heute, als unter den von ihr organisierten verberberischen Anschlägen der unter oppositioneller Führung stehende Allgemeine Konsumvereine alle geschäftlich zusammenbrach. Seitens lange Artikel erschienen in der SPD-Zeitung, um die „kommunistische Wirtschaftspolitik“ im VAW für den Verlust der Spargelder und der Geschäftsanteile der Mitglieder des VAW verantwortlich zu machen. Da wurde vor den ärgsten Verleumdungen gegen die verantwortlichen kommunistischen Funktionäre nicht zurückgeschreckt, um die Hege gegen die Kommunisten besser zeigen zu können.

Es ist jetzt etwas über ein Jahr seit jenen Tagen verfloßen! Die Verschärfung der kapitalistischen Krise hat auch eine Reihe unter sozialdemokratischer Führung stehende Konsumvereine an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Natürlich hat dazu auch beigetragen die von der sozialdemokratischen Bürokratie betriebene Politik, die sich auf rein kapitalistische Maßnahmen beschränkte und damit die Mitglieder der Konsumvereine von jeder engeren Beteiligung ausschloß.

Wenigstens SPD-Konsumvereine haben Bankrott anmelden müssen. Eine Reihe weitere Organisationen führen langweilige und langwierige Vergleichsverfahren durch, in einer Reihe

weiterer Organisationen werden doch seit vielen Monaten Spargelder der Mitglieder überhaupt nicht mehr ausbezahlt.

Dies alles, trotzdem in den Betrieben, in den einzelnen Organisationen die tollsten kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden mit Lohn- und Gehaltsabbau, Entlassungen und Kurzarbeit, immer natürlich nur gerichtet gegen die Arbeiter und Angestellten.

Außerdem steht es heute fest, daß die unter sozialdemokratischer Führung stehenden Konsumvereine sowohl aus der Preußenfrage wie auch aus den Reichsfragen viele Millionen Mark an Krediten erhalten haben.

Wäre dies nicht der Fall gewesen, dann hätte der Zusammenbruch der sozialdemokratischen Konsumvereine einen noch katastrophaleren Umfang angenommen. Vor ein paar Monaten der Beamtengewerkschaft in Berlin plötzlich die Zahlungen einstellen mußte, stand auch die Berliner Konsumgenossenschaft, die größte genossenschaftliche Organisation Deutschlands, kurz vor dem gleichen Schicksal. Nur ein in der letzten Minute aus der Preußenfrage gegebener Kredit in Höhe von 6 Millionen Mark bewahrte die SPD-Kongresse damals noch vor dem Schicksal, den Gang nach dem Amtsgericht antreten zu müssen, um das Vergleichsverfahren über den Bankrott anzumelden.

ten angeführt worden sind, die zu 1,2 Millionen Mark veranschlagt waren und hinterher 3,2 Millionen Mark kosteten.

Die Aufsichtsräte haben in einem Fall einen großen Bau des wüßte, der 6 Millionen Mark kosten sollte. Als er fertig war, kostete er 15 Millionen Mark.

Man hatte keinen Plan auf, aber man hat ruhig zugesehen, wie die Anlage errichtet wurde. Aehnliche Fälle sind bei wenigstens 50 Genossenschaften zu verzeichnen.

Ungefähr 15 Konsumvereine gehört kein Ziegel mehr. Die 25 Millionen Mark Spareinlagen können sie nicht mehr zurückzahlen.

Im weiteren Verlauf des Referats schildert Bäßlein, wie die einzelnen Vereine mit den Spareinlagen gewirtschaftet haben. Spargeldentgelter der „Volkshilfsorga“ wurden zurückgewiesen und die Spareinlagen für die Bauten benutzt. Bäßlein sagt dazu:

„Wenn ein kleines Kind so handelt, kann man es verstehen, aber nicht von Männern, die leitende Persönlichkeiten der größten Konsumvereine sind. So ist es gekommen, daß die Volkshilfsorga, um ihr Geld unterzubringen, an Gewerkschaften 45 Millionen Mark geliehen hat. Diese 45 Millionen Mark hätten die Konsumvereine haben können.“

In den weiteren Verhandlungen dieser Tagung wird dann erneut der schärfste Kampf gegen die Geschäftler und 25 Jahre der Arbeiter und Angestellten organisiert. Das Programm soll das nach in allen deutschen Genossenschaften eingeführt werden. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaftsdirotoren mit diesem Vorgehen vollkommen einverstanden sind. Einzelne Stimmen erklärten natürlich, daß die Genossenschaftsführer nach außenhin ein bißchen Opposition machen müßten, um die Angestellten nicht vollkommen vor den Kopf zu stoßen.

Diese Sozialdemokraten gehen also noch weiter als das Warenkapital, wollen Zinsen und Garantiefähigkeit vollständig beseitigen und die Arbeiter und Angestellten nach ihrem Gutdünken entlassen.

Daß es sich hier um eine durchaus ernste Angelegenheit handelt, zeigt bereits das Vorgehen der SPD-Bürokraten im Konsumereiz Reich, wo eine Reihe von weiblichen Angestellten entlassen wurde.

Die dann nach dem Gutdünken der leitenden Geschäftsführer für 30 Pf. Stundenlohn Ausschlußarbeit leisten dürfen.

Wir werden zu den einzelnen Fragen noch näher Stellung nehmen. Der Generalrat, der in dieser Weise den Generalrat der sozialdemokratischen Konsumvereine dokumentieren muß, dessen Geschäftsführer die Spargelder der Genossenschaftsmitglieder verwirksamkeit haben, ist sich leicht rezuwenden, die letzten verantwortlichen Maßnahmen einzuleiten. Die bisher alljährlich stattfindenden Genossenschaftstagen sollen nicht mehr stattfinden. Der Generalrat will allein die Geschäfte führen. Ihm sollen alle Funktionen übertragen werden. Der Genossenschaftstag, an dem auch die Vertreter der einzelnen Genossenschaften teilnehmen, so wieder zusammenzutreten zu werden, ist nicht mehr, wenn einmal bessere Tage kommen!

Ein Massensturm muß in allen Konsumgenossenschaften einbrechen gegen die verberberische SPD-Bürokratie, die in der müßigen Weise gegen die oppositionellen Vereine steht, um sie geschäftlich abzugrunde zu richten. Unter Führung der Kommunisten gilt es, in allen Konsumvereinen alle oppositionellen Kräfte zu sammeln, um die SPD-Bürokraten zur Rechenschaft zu ziehen, die die bisherige arbeitserföndliche Politik förderten und unterstützten.

Geschäftsanteile sind einfach verschwunden

Wir erhalten aus Petersroda folgende Zuschrift:

„Ich war Mitglied des Konsumvereins in Bitterfeld. Da diese Organisation vor der Pleite steht, habe ich es vorgezogen, rechtzeitig zum Ablauf des letzten Geschäftsjahres zu kündigen. Als ich nun zum Büro kam, um meine 20 Mark Geschäftsanteil abzuholen, wurde mir gesagt: „Die Vertreter hätten beschlossen, 48 Mark zu verrechnen und 2 Mark künnte ich kriegen.“ Nun möchte ich anfragen, ob die Vertreter das Recht haben, mein Geld so ohne weiteres für ihre Schäden für den Konsum zu verrechnen, oder ob ich Klagen kann. Der Herr, der im Kontor war, meinte noch höflich, ich sollte mich nicht beschweren, daß ich nicht noch zu zahlen müßte. Aber so machen es die Herren Sozialdemokraten: erst kapern sie Mitglieder und nahmer nehmen sie einem noch das Letzte.“

Selbstverständlich haben die Vertreter das Recht, derauf Beschüsse zu fassen. Es stimmt schon, daß der Konsumverein Bitterfeld vor der Pleite steht. Die letzte Generalversammlung hat den Beschluß gefaßt, daß der entstandene Verlust aus den Geschäftsanteilen der Mitglieder gedeckt werden sollte. Es kann schon heute erklärt werden, daß auch die Mittel nicht ausreichen werden, um den Bedarf des Konsumvereins zu decken. Aber hier, in dieser Organisation, haben die sozialdemokratischen Führer unbeschäftigt arbeiten und wirtschaften können. Getreu haben sie alle Maßnahmen befolgt, die ihnen von der Hamburger Bürokratie aufgetragen wurden. Die Herren sind hinreichend schon die Ausrichtung von Spargeldern gelperrt. Die Kommunisten haben nicht zum Bankrott und zum Austritt aufgefordert, sondern stellten als Lösung:

daß die Konsumvereine die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die immer tolleren Doha- und Unterdrückungsmaßnahmen nehmen unterstützen müßten.

Es ist doch selbstverständlich, daß, wenn sich die Lage der Mitglieder der Konsumvereine immer weiter verschlechtert, dies sich auch in der Lage der Organisationen selbst auswirken muß. Deshalb der Unzufriedenheit bis zu 90 und 40 Prozent, deshalb die Abhebungen der Spargelder und das sinkende Vertrauen, weil die Mitglieder feststellen mußten, daß die Konsumvereine eine rein kapitalistische Politik betreiben. Mit diesem Kurs gilt es endgültig zu brechen, das ist die entscheidende Frage. Deshalb eine viel größere Aktivität aller oppositionellen Kräfte in den Konsumvereinen. Aus diesem Grunde die sofortige Einberufung „in Mitglieder-versammlungen, um alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Mitglieder den Konsumvereinen angehören, von der Notwendigkeit des verschärften Kampfes gegen die sozialdemokratische Bankrottpolitik zu überzeugen.“

Geschäftsführer mit Ministergehaltern tagen

Es kommt aber noch toller. Ende April und Anfang Juni haben in Halle und in Saale-Verammlungen des Vorstandes des Ausschusses und des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagungsfunden. Es handelt sich hier um eine ausgesetzte Gesellschaft.

128 Generalratsmitglieder und 22 Geschäftsführer der größten Konsumvereine mit Jahresgehältern von 15 000 bis 28 000 Mark haben an diesen Tagungen teilgenommen.

Das Protokoll dieser Tagungen ist nur in 200 Exemplaren angefertigt und wird als „Streng vertraulich“ bezeichnet. Nun aber ist der Inhalt dieser Protokolle doch in die Öffentlichkeit gedrungen und dabei stellt sich dann heraus, daß die Bürokratie wirklich allen Anlag hatte, diese Verhandlungen als „eigentlich“ und „Streng vertraulich“ zu behandeln. Klar und deutlich geht daraus hervor, daß der Zustand in den Konsumgenossenschaften noch katastrophaler ist als er in der kommunistischen Presse bisher geschildert werden konnte. Weiter zeigt sich dann aber, daß die sozialdemokratischen Geschäftsführer in einer großen Anzahl von Vereinen in einer Weise gewirtschaftet haben, daß sie verdienen, von den Mitgliedern der Konsumvereine mit Schimpf und Schande zum Teufel gejagt zu werden.

Es kommt aber noch toller. Ende April und Anfang Juni haben in Halle und in Saale-Verammlungen des Vorstandes des Ausschusses und des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagungsfunden. Es handelt sich hier um eine ausgesetzte Gesellschaft.

128 Generalratsmitglieder und 22 Geschäftsführer der größten Konsumvereine mit Jahresgehältern von 15 000 bis 28 000 Mark haben an diesen Tagungen teilgenommen.

Das Protokoll dieser Tagungen ist nur in 200 Exemplaren angefertigt und wird als „Streng vertraulich“ bezeichnet. Nun aber ist der Inhalt dieser Protokolle doch in die Öffentlichkeit gedrungen und dabei stellt sich dann heraus, daß die Bürokratie wirklich allen Anlag hatte, diese Verhandlungen als „eigentlich“ und „Streng vertraulich“ zu behandeln. Klar und deutlich geht daraus hervor, daß der Zustand in den Konsumgenossenschaften noch katastrophaler ist als er in der kommunistischen Presse bisher geschildert werden konnte. Weiter zeigt sich dann aber, daß die sozialdemokratischen Geschäftsführer in einer großen Anzahl von Vereinen in einer Weise gewirtschaftet haben, daß sie verdienen, von den Mitgliedern der Konsumvereine mit Schimpf und Schande zum Teufel gejagt zu werden.

waltungen der Konsumvereine Anlagen geschaffen worden sind, gar keine Worte findet.

In einer Stadt wurde eine elektrische Lichtanlage für 600 000 Mark gebaut, obwohl dort bereits ein elektrisches Werk steht.

Wir haben bei unseren Revisionen feststellen müssen, daß Bau-

6 Millionen für einen Bau bewilligt, 15 Millionen ohne jede Zustimmung verpulvert

Aus dem Protokoll geht hervor, daß Hugo Bäßlein, Hamburg, in dem Referat über geschäftliche Angelegenheiten vor allem darauf hingewiesen hat, daß die Konsumvereine es zum größten Teil unternommen haben, Kredite anzunehmen. Er stellte dann im Referat fest, daß die Konsumvereine es zum größten Teil unternommen haben, Kredite anzunehmen. Er stellte dann im Referat fest, daß die Konsumvereine es zum größten Teil unternommen haben, Kredite anzunehmen.

waltungen der Konsumvereine Anlagen geschaffen worden sind, gar keine Worte findet.

In einer Stadt wurde eine elektrische Lichtanlage für 600 000 Mark gebaut, obwohl dort bereits ein elektrisches Werk steht.

Wir haben bei unseren Revisionen feststellen müssen, daß Bau-

Kampfbund gegen den Faschismus in Front

Führertagung faßt einmütige Kampfbeschlüsse zur Durchführung der gestellten Aufgaben

Am 5. und 6. Dezember fand in Halle die Führertagung des Kampfbundes gegen den Faschismus statt. Der Tagung kommt eine besondere politische Bedeutung zu, da sie sich an den 21. Bezirksparteitag der SPD anschließt.

In diesem Sinne wurde auch die Tagung durchgeführt. Aus dem ganzen Bezirksverband Halle-Merseburg waren die Führer der Organisationen erschienen, um die Beschlüsse und die Marschroute festzulegen. Am Montag vormittag 10 Uhr fand eine erweiterte VAW-Sitzung statt, anschließend tagten die einzelnen Abteilungen der Organisation, wo alle wichtigen Fragen und die Aufgaben der Abteilungen eingehend behandelt wurden.

Um 4 Uhr wurde die Führertagung vom Delegierten der SPD eröffnet. Der Vertreter der SPD der SPD erklärt das Wort zum politischen Referat. Klar und deutlich sprach er über die Beschlüsse des 12. Effi sowie des 21. Bezirksparteitages, dabei auch die Rolle des Kampfbundes in der gegenwärtigen Situation aufzuweisen. Seine Ausführungen wurden mit stürmlichem Beifall aufgenommen.

Am Dienstag vormittag 9 Uhr wurde die Tagung fortgesetzt. Hier sprach der SPD-Beitrag über die Reichsfrage, die Tagung und über den Dreimonatsplan, der von der Reichsleitung festgelegt ist.

In den Ausführungen kam zum Ausdruck, daß der Kampfbund seine wichtigste Aufgabe darin sehen muß, an der betrieblichen und innergewerkschaftlichen Front vorzugehen. Der Tagung der Reichsleitung vorgelegte Dreimonatsplan wurde von den Führern mit Begeisterung aufgenommen.

Nach der Diskussion sprachen über 20 Vertreter aus dem Bezirk. In der ausführlichen Diskussion sprachen sich die Redner einmütig für die Beschlüsse des 12. Effi sowie des 21. Bezirksparteitages und über den Dreimonatsplan, der von der Reichsleitung festgelegt ist.

Entwicklung des Bezirksverbandes Halle-Merseburg, wobei er feststellte, daß der seit dem Bezirksaufmarsch gefaßte Plan von der Gesamtorganisation bis heute zu 70 Prozent erreicht ist. Das Ergebnis erhielt dann der Vertreter der Reichsleitung, der die Gesamtsituation zusammenfaßte und ausführlich behandelte, so daß alle Vertreter mit einer klaren, richtigen Linie in den Bezirk zurückgingen.

Alle Anträge und Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Die gesamte Führertagung gelobte, den Kampf Schulter an Schulter vorwärts mit allen revolutionären Arbeitern unter Führung der SPD gegen die Bourgeoisie bis zum endgültigen Siege durchzuführen.

Kampf der Klassenjustiz!

Die Führertagung des Kampfbundes beschloß: „Die Tagung des Kampfbundes protestiert aufs schärfste gegen das von der Klassenjustiz in Chemnitz gefaßte Todesurteil und fordert sofortiges Aufheben des Todesurteils. Weiter fordert die Führertagung die sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.“

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Die Frauenabteilung des Kampfbundes gegen den Faschismus nahm einstimmig folgende Entschlüsse an:

„Die Führertagung, welche am 5. und 6. Dezember tagte, erkennt voll und ganz an die Beschlüsse des 12. Effi und des Reichsparteitages und des 21. Bezirksparteitages. Wir erklären, alle Kraft einzusetzen in der Kampagne gegen Sunge und Proß sowie die größte Aktivität anzuwenden zur weiteren Erhellung der wertigen Frauen im Betrieb, auf den Stempelstellen und in den Wohngebieten. Unsere Aufgabe wird ferner sein, vorzugehen in den kapitalistischen Organisationen, um auch dort irtüßigsten wertigen Frauen der betrügerischen Politik der Agenten der Bourgeoisie zu entgegen. Ferner werden wir die wertigen Frauen mobilisieren gegen einen neuen imperialistischen Krieg. Unsere Lösung wird sein: Krieg dem imperialistischen Kriege! Wir werden die wertigen Frauen mobilisieren für eine Arbeiter- und Bauernrepublik.“



Donnerstag, den 8. Dezember 1932

Warm in Mansfeld

zum Kampf gegen Lohnabbau, Hunger und Frost

Der Lohnraub der Mansfeld-WG ist keine leere Drohung mehr, er ist Tatsache geworden. Den ersten Vorstoß hat die Mansfeld-WG in ihrem Braunkohlebetrieb Wilsdorf ergriffen. Die Kampfschritte sind streng geantwortet, aber nach wenigen Tagen sind die Streikenden vor den Toren des BAW zurückgewichen.

Die Sozialfaschisten rufen weiter zur Unterjochung der Mansfeld-Kampfs. Aber im Volkswacht, im Arbeiterkampf, im Kampf um die Arbeitslosen und im Kampf um die Arbeitslosen.

Der Kampfausschuss der letzten Schichtbelegiertenkonferenz richtet nun an alle Mansfeld-Arbeiter den

Appell zu einer zweiten Kampfsitzung in Kolstermansfeld am Sonntag, dem 11. Dezember, vormittags 9 Uhr.

Diese Betriebsarbeiter- und Erwerbslosenvertreter-Konferenz muß von allen Abteilungen, Kameradschaften und Betrieben sowie von den Erwerbslosenausschüssen und den Arbeiterfrauen in Mansfeld besetzt werden.

SPD-Landrat gegen die Erwerbslosen

W. A. Mansleben. Am Sonnabend, dem 10. Dezember, sollte eine geschlossene Erwerbslosensitzung stattfinden. Die Erwerbslosen wollten Stellung nehmen, welche Maßnahmen gegen Hunger und Frost einzusetzen sind. Die Versammlung wurde jedoch von dem SPD-Landrat Kofch verboten. Einen besseren Hüter der „gottgewollten Ordnung“ kann die bestehende Klasse wirklich nicht finden, als diese SPD-Landräte. Die Erwerbslosen von Mansleben werden trotzdem versichern, wie sie auch ohne diese Versammlung den Kampf gegen Hunger und Frost zu führen haben. Alle Arbeitslosen, auch die sozialdemokratischen Kollegen müssen sich gegen solche faschistischen Verbotsmaßnahmen, zur Verteilung des Beschlusses und Vereinigungs zwecks der Arbeiter zusammenfinden.

So werden Proleten auf dem Lande verfolgt!

W. A. Sickerode. Ein Erwerbsloser geht über Land. Auf einmal fällt ein Schuß. Der Arbeiter geht der Schutztruppe nach und findet, daß ein Forstbeamter einen Hund den Garauz gemacht hat. Damit der Besitzer des Hundes nicht lange zu suchen braucht, teilt er der Proleten dem Besitzer mit. Das ist nach Ansicht der Oberbehörde ein Verbrechen, das bestraft werden muß. Beim Spätschlaf geht der oben genannte Arbeiter zum Gemeindevorsteher und fragt, ob er auch Holz bekommen kann. Der Gemeindevorsteher bedauert und teilt mit, daß er kein Holz bekommen soll, weil er angeblich über einen Forstbeamten unwahre Behauptungen verbreitet habe. Da es bisher üblich war, daß aus den angrenzenden ländlichen Wäldern Gemeindevorsteher von Sickerode im Oberförsterei ebenfalls Holz erhielten, wandte sich der Erwerbslose an diese Stelle. Wieder ohne Erfolg mit dem Bemerkten, daß seine Handlungsweise nicht dazu angetan sei, ihn für bezugsberechtigt anzuerkennen.

Die Angelegenheit zeigt so richtig das brutale Gesicht der reaktionären Kreise. Einwohner von Sickerode, kämpft mit uns in der roten Einheitsfront, um mit berechtigten Verhältnissen aufzuräumen.

Austritt aus der Kirche muß die Antwort sein

W. A. Sickerode. Uns wird mitgeteilt, daß ein katolischer Pfarrer in der Ausübung seiner Ausübung einer Jungarbeitslerin gegenüber nicht zimperlich war. Ein Ehepaar, treue Anhänger der katholischen Kirche, haben sich beim Pastor über ihre eigene Tochter beklagt. Das Mädel geht zum Pfarrer, um sich zu verheiraten. Sie wird von dem Geistlichen mit den fälschlichsten Schimpfwörtern empfangen.

Offenlich genügt diese Handlungsweise des Pastors, um das Mädelchen auf den richtigen Weg zu bringen. Gerade die Frauen sind es, die sich am schwersten von der Beeinflussung durch die „Seeligeren“ trennen können. Reicht euch ein in die revolutionäre Klassenfront, werdet aktive Kämpferinnen für die Befreiung der Ausgebeuteten und Jungfrauen, werdet aktive Kämpferinnen für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Nazi-Ekternbeitrat für Kinderarbeit

W. A. Oberdörlingen-See. Vor einigen Tagen fand hier eine Ekternbeitratung statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. ein Antrag des Herrn Sauer. Aufschaltung der Kinderarbeit. Herr Sauer begründete seinen Antrag damit, daß die heutige Kindergeneration, die in Armut und Elend aufwächst, nicht mehr zur Feldarbeit herangezogen werden dürfte, da die Erwachsenen froh wären, statt der 240 Mark, die die Kinder in der ganzen Woche bekommen, selbst 8.— und 9.— Mark verdienen zu können. Der Vorsitzende Zimmermann, Mitglied der NSDAP, erklärte, er wäre gegen jede Durchberatung des Antrages, da er in demselben nur einen Vorstoß der Kommunisten in ihrer Partei erblickte. Herr Sauer erklärte ihm, daß der Antrag nicht im Interesse einer Partei, sondern im Interesse der Kinder gestellt sei und stellte gleichzeitig fest, daß er nicht Mitglied der Kommunistischen Partei ist. Herr Zimmermann begründete den Antrag und stellte fest, daß tatsächlich die Kinder, die Feldarbeit machen, in der Schule zurückbleiben; nach den gesetzlichen Bestimmungen ist es aber in der freien Republik gestattet, Kinder zur Feldarbeit heranzuziehen.

Nazi-Zimmermann bringt weiter eine Bestätigung ein gegen die letzten Tage. Die Frage von Zimmermann an fälschlicherweise Ektern. Besatz auf in diesem Falle mußte er sich eines anderen behelfen lassen, worauf er zu seiner Entschuldigung einige blöde Worte hammelte. So sieht ein Nazivertreter aus. Die Ekternbeitratung von Oberdörlingen wird sich das nächste Mal für sich einen Vertreter beantragen, die sich hier so richtig als die Stiefkinder der Arbeiter und Bauern erwiesen. Die Arbeiterarbeit wird gut tun, viele Gefährten des „Dritten Reiches“ etwas besser unter die Rinde zu nehmen und durch die Antifaschistische Aktion solche arbeitsfähigen Elemente fakultativ. Seit der Zeit der Arbeiterklasse gibt die Gewährung, unseren Kindern eine wirkliche wissenschaftliche und kulturelle Bildung zu ermöglichen.

Meuterei im Naumburger Nazilager

Jauner größerer Sturm gegen die „seinen Leute“ — SS-Führer Römer frist die Wurf der Erwerbslosen — Arbeiter, her zur kämpfenden roten Front!

W. A. Naumburg. Die Naziführer und die, die es noch werden wollen, haben so vielerlei Sorgen. Die irragelichten Anhänger und Mitglieder sind kaum noch zu halten. Alles wird versucht, um die sich in der Organisation ergebenden Schwierigkeiten zu vertuschen. Das geringste Aufsehen gegen alle möglichen Ungerechtigkeiten wird brutal unterdrückt. So wurden vor einigen Wochen dem SS-Staßführer Deder die Treffen vom Hauptgeleiter Jordan in Halle abgesperrt. Summe lauter Schimpfen die Mitglieder über die „seinen“ Leute (Schlange usw.) in den eigenen Reihen. Die kleinen Führer wollen aber, wenn auch auf ihre Art, retten, was noch zu retten ist. Aber wie, darüber verlieren sie freilich die Nerven. Ein Vorfall in der Nazifazene Naumburg vom 4. November 1932 erbringt uns hiermit den Beweis.

Ein SS-Schar soll zum Verarmungsfest nach Methau, natürlich als einfache Soldaten zu Fuß. Einzelnen SS-Proleten war schon aufgefallen, daß die Führer besonders nahelebenden SS-Leute immer nur den besseren Dienst machten, während der andere Teil Tag und Nacht Stroh und Landdienst tun mußten. Besonders verdrossen der SS-Führer Römer (einmal fahdender Politkommissar) seinen Sohn bei schwerer Arbeit. Auf Grund dessen ließ ein SS-Mann während des Essens die Maus über die Leber, indem er sagte:

„Es ist eigenartig, daß immer nur ein und dieselben joshen Dienst machen müssen.“

Das ging diesem kleinen Gernegroß, dem angehenden Truppenführer Römer sehr natürlich zu weit. Er frist zu der Stube hinaus, zum Sprecher zurück und schreit los:

„Du Meuterei, du Bannschloß, du meist gestrichen, du Lump fleigt raus!“ usw.

Kurzherd nahm er den Kameraden beim Kragen und warf ihn die Steintreppen hinunter. Nur einem Zufall war es zu verdanken, daß der SS-Mann nicht Hals und Beine gebrochen

hat. Römer rief ihm noch nach: Wenn du die wieder untersticht herauskommen, getriebe ich dich mit ein Stück alte Eisen! Jeder ließen die übrigen SS-Leute ihren Kameraden vässig im Stuhl.

Wie es aber bei Römer auch anders geht, dafür eine andere Tatsache. Am Sonntag, dem 6. November, früh 6.30 Uhr, drachte ein SS-Mann 5.— Pfund und 2.— Pfund für seine Erwerbslosen Kameraden mit. Da die SS-Stube noch geschlossen war, trug er sie in die gegenüberliegende Wohnung des Herrn Römer und gab sie dort zum Aufbewahren ab und bemerkte, daß er die Wurf im Laufe des Tages für seine Kameraden abhole. Römer gab aber die Wurf, als der Kamerad nachmittags erschien, nicht heraus. Am anderen Tage sagte Frau Römer zu dem vorübergehenden Spender freudstreichend: „Ihre Wurf hat aber gut geschmeckt, besser als uniere.“ Obwohl Römer ein gutgehendes Dohr- und Gemüdegeschäft unterhält, leidet er sich nicht, seinen erwerbslosen Parteigenossen die geklebte Wurf wegzustreifen.

Nebenbei ist zu der Welt des Führers, der SS nach folgendes zu bemerken: Reimdet sich dieser Verkäufer des „Dritten Reiches“ auf seinen bekannten Sautouren, so hat seine Frau alle Gemachten voll. Frau Römer muß nach in den meisten Fällen ihren Gatten wie ein Baby behandeln und die Dohren jähren, die er bei seinen Saufereien voll macht.

So weit der Bericht unserer Gewährsmann! Wir aber lassen allen SS- und SA-Leuten, allen Naziführern und Anhängern der NSDAP: Kredit endlich alle Beziehungen zu einer lo verlogenen und verräterischen Partei ab. Es ist das oben Geschriebene keine Einzelerfahrung, sondern ganze Bücher könnten geschrieben werden über derartige Tatsachen. Nationalsozialisten, erermt den Weg, den euch Hitler mit seinen Trabanten führen will. Wollt ihr für die nationale und soziale Befreiung kämpfen, dann gibt es nur einen Weg und den führt euch nur die Kommunistische Partei, über den Weg der Antifaschistischen Aktion zum Sozialismus.

SPD-Vertreter für und gegen Steuererhöhung

Vorsitzender des Invalidenverbandes stimmt für weitere Belastungen — Arbeiter, reißt euch ein in die rote Klassenfront!

W. A. Wimmelburg. In der letzten Woche hatte der Gemeindevorsteher Bürger wieder einmal die Gemeindevorsteher zu einer Sitzung auf das Schulhaus eingeladen. Dies geschieht nur, wenn der Gemeindevorsteher Geld braucht. Im übrigen macht er alles allein.

In dieser Sitzung sollte nun ein Ausgleich für den Etat des laufenden Rechnungsjahres geschaffen werden. Der Landrat Kofch hatte die notwendigen Grundlagen gegeben und es wurden vorgeschlagen:

Erhöhung der Grundvermögensteuer von 250 auf 280 Prozent für die bebauten Grundstücke.

Die Gemeindevorsteher zum Betrag von 400 auf 500 Prozent.

Die Gemeindevorsteher zum Kapital von 400 auf 1000 Prozent und die Bürgersteuer auf das Fünftel des Landesjahres.

Bei der Abstimmung über diese Vor schläge zeigte sich folgendes: 4 Vertreter, 2 Kommunisten und mit ihnen 2 Sozialdemokraten, stimmten gegen die Erhöhung. Dafür stimmten 5 Bürgerliche, 2 Sozialdemokraten und der Gemeindevorsteher.

wortreicher. Mit ihnen stimmte auch Wilhelm Müller, auch noch Sozi, als Vorsitzender des Invalidenverbandes, des, für die Steuererhöhung.

Landrat Kofch will in Wimmelburg ein Arbeitsdienstlager errichten. Die nötigen Vorgelegenheiten sind hier zu finden. Wahrscheinlich wird Wilhelm Müller seinen verdorrten Degen wieder hervorholen, den er mit Stolz als Führer des Kriegerevangeliums getragen hat, um die Jugend als Unteroffizier zu „erzuchtigen“. Am Schluß der Sitzung fragte der Lehrer Scherf, wie weit es mit dem Arbeitsdienstlager wäre und erhielt vom Gemeindevorsteher die Antwort, daß der Landrat bereits die nötigen Verfügungen erhalten habe. Unter Gemeindevorsteher abnt nachsichtiglich schon, daß sich bei der Fortsetzung dieser Politik hier etwas abspielen dürfte.

Arbeiter, Klassenengen, jetzt gilt es auf Kampfposten zu stehen. Die Gemeindevorsteherung hat erneut gezeigt, daß nur die Kommunisten die Vertätigten vertreten. Her zur roten Einheitsfront!

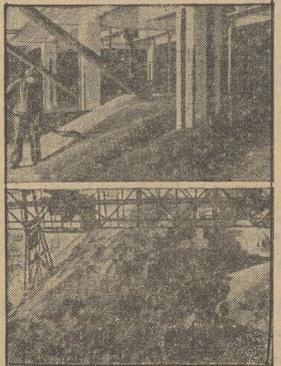
70000 M. für Arbeitsdienst ohne Deckung

Das Zeiger Stadtparlament zu den Forderungen der Erwerbslosen! — Alle Anträge werden abgelehnt, weil keine Deckung vorhanden ist!

W. A. Zeitz. Stehen Forderungen der Erwerbslosen auf der Tagesordnung, dann haben die bürgerlichen Kreise sehr viel Zeit, bevor eine Stadtkorrespondenz einberufen wird. Nun

Die neue „RIZ“ nach dem Verbot

Das Volk hungert bei vollen Scheunen!



Aus der A-1-Z.

8 Millionen Tonnen Roggen wurden geerntet, 5 Millionen werden verbraucht, der Rest wird billig exportiert oder für Viehfutter verwendet. — Auf den Steinkohlenbergen liegen 12 Millionen Tonnen Kohlen und die Massen müssen frieren.

Kauft die revolutionäre, proletarische Bilderzeltung

aber was es wieder einmal so weit. Es wurde sogar aber vor Eintritt in die Tagesordnung eine Delegation der Erwerbslosen empfangen, um deren Forderungen entgegenzunehmen: „Kartenerhebung für ein Ehepaar von 30 Mark; für allein-

kehende 30 Mark, für jedes jugendliche Kind 10 Mark zur Beschaffung von Schuh, Kleidung, Wäsche usw.

Kostenlose Befreiung mit Kohlen und Holz.

Erhöhung der Zuschüsse beim Kauf von Fleisch auf Reichs-

Feldschichten.

Zuschüsse für Licht- und Mietzahlungen.

Kostenlose Schulpflicht und Befreiung der Kinder bis zu sechs Jahren mit Milch, Ausgabe von Badkarten usw.

Die Forderungen wurden von dem Genossen K a a b begründet, der eindringlich die Not und das Elend der Erwerbslosenfamilien schilderte. Ein weiterer Redner zeigte auf, daß Brauereigetriebe im Übermaß vorhanden sind, daß 25 Millionen Tonnen Kartoffeln mehr vorhanden sind als gebraucht werden, daß also dieser Überfluß den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden müßte. Ein dritter Redner schilderte eingehend das Elend der kleinen Rentner und Invaliden, er verwies dabei auf die Not einer alten Rentnerin, die nicht einmal ein einziges Hemd im eigenen nennt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird dem Genossen K a l a b e r g, der auf die innige Verbundenheit der Brauer, Papiers- und Hindenburg-Politik hinweist, das Wort entzogen, weil er politisch gesprochen hätte. Genosse K e l l e g e l t, daß die Sozialdemokraten, solange sie am Ruder waren, alle Noterzordnungsmaßnahmen durchgeführt hätten. Er verwies auf die Tätigkeit des dringlich-sozialdemokratischen Regierungspräsidenten v. H a n a d, der alle Winterbeihilfen festigte abschwächte und auch den 10prozentigen Unterhaltungsabbau sanktionierte. Der Sozialdemokrat S o p f suchte noch zu retten, was zu retten war, erhielt aber von dem Genossen K a l a b e r g noch den Hinweis:

daß die SPD, die die Katz- und Schläschentier mit genehmigt hätte, mit der in der kurzen Zeit ihres Bestehens allein 34 000 Mark aus den Taschen der Jungensden herausgeholt wurden.

Festgestellt wurde dann weiter, daß der Magistrat trotz der Notverordnung auf Zwangsbeschuldigung dem freimilligen Arbeitsdienst auf dem Materialbeschaffung 70 000 Mark zur Verfügung stellen konnte. Aber über die Anträge zur Erwerbslosenhilfe wurde nicht abgestimmt, weil keine Deckung dafür vorhanden wäre.

Note Einheitsfront ist das Gebot der Stunde!

Naumburg. Die Gefährnis als Zukunftsorient. In der Großen Marktsitzung muß ein Mandat für die große Schaufensterliche eines Schuhgeschäftes ein. Er ließ sich ruhig schenken und gab dabei an, daß er die Tat begangen habe, um ein Unterkommen zu erhalten. Durch Aufhebung seines Unterhaltungsantrages durch das Wohlstandsamt sei er zur Verbesserung getrieben worden.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Donnerstag, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,20 Mark; durch die Post dagegen 2,30 Mark, ohne Postgebühren. Verlag: Halle-Merseburger Rettungsgesellschaft GmbH., Halle, Vertriebsstelle 14, Tel.: 210 45 (Halt.); 210 47 (Beratung)

Mit der Arbeiterzeitung
Der Rote Stern

Einzelpreis 10 Pfennig
Halle, Donnerstag, den 8. Dezember 1932
12. Jahrgang, Nr. 284

Elf Tote im IG-Betrieb

Furchtbare Explosion in der Rüstungshölle Premnitz

(Fig. Drahtm.) Berlin, 8. Dezember.

Gestern vormittag 9 Uhr ereignete sich in dem Betrieb der IG-Farben in Premnitz (Provinz Brandenburg), eine der bedeutendsten chemischen Rüstungshöhlen, ein furchtbares Explosionsunglück. Die Explosion kam in der Säurestation zum Ausbruch. Mauern von 1 bis 2 Meter Durchmesser wurden durchbrochen. Das Dach der Säurestation flog in die Luft. Unter den zusammenbrechenden Mauern wurden 15 Arbeiter begraben. Bis zum Nachmittag gelang es 11 aufs grauenhafteste verstümmelte Arbeiter tot aus den Trümmern zu bergen. Die gesamte Belegschaft des Werkes und die gesamte Bevölkerung ist in größter Erregung.

Mit Arbeiterleben wird gespielt!

Die Direktion versucht krampfhaft die Ursache des Unglücks zu verunsichern. Die Tore des Werkes sind abgelaßert. Die Führer haben strengste Anweisung, niemand in das Gebäude einzulassen. Als die kommunistischen Abgeordneten Gohle, Kasper und Schemm kategorisch Einlass begehren, wurden sie gewaltsam daran gehindert. Ebenso erging es den Vertretern anderer Werke. Die gesamte Belegschaft ist über die Ursache des Unglücks und die volle Schuld der Direktion an diesem grauenhaften Betriebsunfall nur einer Meinung. Die Direktion läßt erklären, daß die Ursache des Unglücks eine explodierte Säurestoff-Flasche sei. Nach einmütiger Meinung der Arbeiter kam die Explosion

einer Säureflasche die sie Folgen nicht haben. Vielmehr wird berichtet, daß in der Säurestation in sogenannten Zentrifugen und in Ecken Schießbaumwolle und Pulver gelagert hat und daß bei den Schweißarbeiten dieser Schießstoff zur Explosion kam.

Ein an den Aufbaumarbeiten beteiligter Augenzeuge berichtet: Wir fanden kaum einen einzigen unserer toten Kollegen unverkümmert vor. Was wir fanden, waren Arme und Beine, Körperreste, die bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt waren. Mit Fragebögen sammelten wir die blutigen Stücke zusammen, die dann auf Wagen weggeführt wurden. Immer noch durchwühlten Arbeiter die Trümmer und stießen auf Körperreste und blutbesprenzte Steinmassen.



Die völlig zerstörte Säurestation des Premnitzer IG-Betriebes

Von Reichstagstribüne: Kampf um IG-Proleten!

(Fig. Drahtm.) Berlin, 8. Dezember.

Den Explosionsakt in der Rüstungshölle Premnitz nahm die kommunistische Reichstagsfraktion sofort zum Anlaß, in der getriggerten Reichstagsdebatte für die unglücklichen Opfer vorzutreten. Genosse Stern, der brandenburgische Abgeordnete der KPD, verlangte strenge Untersuchung unter Mithilfe der von der Reichstagsfraktion gewählten Vertrauensleute zur Feststellung der Schuldfrage, Übernahme der Beerdigungs- und Bestattungskosten für alle Opfer, Zahlung einer lebenslangen Rente von monatlich 200 Mark für jede Witwe und jeden Dauerinvaliden, je 50 Mark monatlich für jeden Unterhaltspflichtigen.

In dem Augenblick, wo unser Genosse, der als Arbeiter bei dem IG-Farbenbetrieb dessen Ausbeutungspraxis selbst kennen gelernt hat, die Schuld an der Katastrophe anprangert, bewähren sich die Hakenkreuzler als die schuftigen Agenten der jüdischen und christlichen Giftgas-Kapitalisten.

Sie brachen in Schluferte aus und veranstalteten Vorkämpen. Aber trotzdem erfuhr der Reichstag und erfährt die ganze Welt, daß in diesem IG-Betrieb die Löhne um 24,5 % abgebaut und die Lieferung von Gummihandschuhen abgelehrt wurde, so daß die Arbeiterinnen mit bloßen Händen in der Säure arbeiten mußten. Trotz der mitternachts „Schliff“-Rufe der Nazis prangerte Genosse Stern die Tatsache an, daß man in Premnitz die Lehrlinge mit gefährlichen Arbeiten beauftragt und richtete den

Appell an alle Belegschaften im Reiche:

Die Beerdigung muß alle Betriebe durch Delegierten und andere Maßnahmen vertreten finden.

„Weihnachts“-Demonstrationen!

(Fig. Meld.) Bitterfeld, 7. Dezember.

Uns wird mitgeteilt: Auf dem Weihnachtsmarkt und in den anliegenden Straßen fanden heute Demonstrationen der Erwerbslosen statt. 5-600 Erwerbslose zogen durch die Stadt. Mehrere Sprechköpfe erklärten: „Nieder mit der Schleicher-Regierung! Wir wollen Arbeit und Brot!“ Starke Polizeikräfte wurden eingesetzt, einige Demonstranten in Haft genommen.

Naziführer gegen die Arbeitslosenforderungen!

In der ersten Reichstagsdebatte am 6. Dezember forderten die Kommunisten, daß sofort über die Aufhebung der Notverordnungen verhandelt werden soll. Die Naziführer lehnten diesen Antrag ab.

Durch die Notverordnungen ist der große Unterhaltungs-

abbau für die Arbeitslosen diffamiert worden, die Kommunisten forderten also die Aufhebung der Unterhaltungsleistungen. In dem die Nazis gegen den kommunistischen Antrag stimmten, wandten sie sich gegen die Forderungen der Arbeitslosen.

Sagt es allen Arbeitslosen, die den politischen Betrug der Naziführer noch nicht durchschaut haben!

Morgen erscheint:

der „Klassenkampf“ als Sondernummer „Die Frau im Kampfe der Klassen“. Reich illustriert! Sorgt für Massenvertrieb!



lichen Erwerbslosenausgleich einberufene Versammlung stellt sich vollständig hinter die Weisungen des Reichsausschusses der Erwerbslosen. Für den Kampf gegen Hunger und Frost! Für Deckung der Speicher und Halben.
Wir verlangen vom AEG-Verwaltungsrat Halle, daß er sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchführung der Forderungen einsetzt.
In einer weiteren Entscheidung wird die Aufhebung des

Schleicher-Kurs!

den Erwerbslosen ab — Einstimmige Anklage gegen Hunger und Frost — Ueberall Front für den einheitlichen Kampf!

Todesurteil gegen Paris, die sofortige Freilassung von Anführer und Aufständische sowie alle proletarischen politischen Gefangenen und die Aufhebung der Notverordnungen und des Burgfriedens gefordert.

Diesmal ist die erbärmliche Hehe der SPD-Bürokratie einmütig von den freigeistlich organisierten Arbeitern zurückgewiesen worden. Freigeistlich, dabei keine Zerplitterungsmanöver! Es gilt in roter Einheitsfront weiterzukämpfen. In allen Betrieben, in allen Gewerkschaftsversammlungen müssen die Forderungen des Kampfes gegen Hunger und Frost auf der Tagesordnung stehen.

Holzarbeiterverbands-Zahlstelle fordert außerordentlichen Verbandstag

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Verbandszahlstelle des Holzarbeiterverbandes in Jörzig wurde vorgestern folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Jörzig, erklart in der Einsetzung des Schleicher-Kabinetts die Vorbereitung zu neuen Anschlägen gegen die Lebenshaltung der werktätigen Massen. Die Mitgliederversammlung betont, daß alle Gewerkschaftsmitglieder in roter Einheitsfront mit den unorganisierten Arbeitern gegen Lohn- und Unterhaltungsraub sowie gegen die Politik der Bürokratie kämpfen müssen. Zweck der Vorbereitung ist die Kampfmassnahmen gegen die Zahlstelle sofortige Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages des Holzarbeiter-Verbandes.“

In allen Gewerkschaften muß sofort in dieser Richtung Stellungnahme der Freigeistlichkeiter erfolgen gegen die „Heinere Uebel“-Politik der AEG-Führer gegenüber dem Schleicher-Kabinetts.